

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 38
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
20. September 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kahler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.
Fernruf: Amt Sannowitz 62 46.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet. Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Was wird im Holzgewerbe?

Die Schiedssprüche des Lohnamtes vom 22. August sind von den Unternehmern abgelehnt. Nunmehr liegt auch die amtliche Bestätigung der Nachricht vor, die wir bereits in der vorigen Nummer mitgeteilt haben. Am 8. September ging bei unserem Verbandsvorstand die Mitteilung von dem unparteiischen Vorsitzenden des Lohnamtes für das Holzgewerbe ein, der die Abschriften der von den Parteien abgegebenen Erklärungen beigegeben waren. Die Schreiben der drei Holzarbeiter-Verbände enthalten kurz die Mitteilung, daß sie die Schiedssprüche annehmen. Auch das Schreiben des Arbeitgeberverbandes ist sehr kurz gehalten. Der Arbeitgeberverband erklärt namens der von ihm in den Lohnverhandlungen am 21. und 22. August vertretenen Verbände die Ablehnung der gefällten Schiedssprüche ohne jede Begründung. Auch der Verband württembergischer Holzindustrieller, der Landesverband Schlesiens und schließlich auch der Verband der Tischlerinnungen Schlesiens haben es für erforderlich gehalten, die Ablehnung des Schiedsspruches besonders auszusprechen und zu begründen.

Der Verband württembergischer Holzindustrieller sagt in seinem Schreiben:

„Die ablehnende Stellungnahme wird, abgesehen von den Einwendungen, welche wir gegen die Zuständigkeit des Lohnamtes geltend gemacht haben, vor allem damit begründet, daß nach Auffassung unserer Verbandsorgane der materielle Inhalt des Schiedsspruches in keiner Weise mit der Wirtschaftslage der Holzindustrie und speziell den auf eine allgemeine Preislenkung gerichteten Bestrebungen in Einklang zu bringen ist.“

Ausführlicher ist das Schreiben des Landesverbandes Schlesiens gehalten. Der Rechtsanwalt Dr. Rubel, der an dem Mantelvertrag hervorragend mitgearbeitet hat, schreibt:

„Am 22. August 1930 hat das Lohnamt für das deutsche Holzgewerbe unter dem Vorsitz eines vom Reichsarbeitsministerium bestellten Beamten einen Lohnschiedsspruch für die Provinzen Nieder- und Oberschlesien gefällt, nach welchem die bisherigen untragbaren Löhne, die bis zu 100 Prozent teilweise noch darüber hinaus — über den Friedenslöhnen liegen, weiterhin Geltung behalten sollen.“

Dieses Lohnedikt ist von den sachungsmäßig berufenen Organen des Landesverbandes Schlesiens der Holzindustrie und des Holzgewerbes einmütig abgelehnt worden, weil es, ganz abgesehen von der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Lage des Holzgewerbes, die allgemein anerkannte schwere Notlage des schlesischen Grenzgebietes gänzlich unberücksichtigt läßt.

Darüber hinaus muß festgestellt werden, daß dem durch solchen Lohnschiedsspruch betroffenen Produzenten geradezu zur Unmöglichkeit gemacht wird, den von anderen maßgeblichen Reichs- und Staatsstellen geforderten und geförderten Preisabbaubestrebungen zu entsprechen. Es klafft ein unlösbarer Widerspruch zwischen derartigen Lohnedikten und der Forderung, die gerade von Behörden bei Vergabung von Aufträgen jetzt erhoben wird, die Preise, die bereits unter dem wirtschaftlichen Druck auf das äußerste kalkuliert sind, noch weiterhin zu senken.“

Herr Dr. Rubel ist ein solcher Fanatiker des Lohnabbaues, daß er die Aufforderung dazu auch aus den Kundgebungen der Reichsregierung herausgelesen hat, in denen sie, bisher wenigstens, offen noch nicht enthalten war. Eigenartig berührt es, daß Herr Rechtsanwalt Dr. Rubel von dem Schiedsspruch wiederholt als von dem Lohnedikt spricht. Man sollte doch annehmen, daß ein so erfahrener Jurist, noch dazu als Syndikus einer Unternehmerorganisation, die Schlichtungsordnung genügend kennt, um die Bedeutung eines Schiedsspruches richtig zu würdigen.

Die Bezirksverbände Württemberg und Schlesiens wollen mit ihrer besonderen Erklärung ihre Unabhängigkeit vom Arbeitgeberverband zum Ausdruck bringen, aus dem sie ausgetreten sind. Das erkennt auch der Arbeitgeberverband an, indem er seine Erklärung nur für die von ihm vertretenen Verbände, also nicht für Württemberg und Schlesiens abgibt. Der Arbeitgeberverband befindet sich also mit seiner Rechtsauffassung in Überein-

stimmung mit den von ihm abgefallenen Verbänden. Allerdings steht diese Auffassung im Gegensatz zu dem geltenden Recht, das vorschreibt, daß der Tarifvertrag für die Mitglieder der vertragsschließenden Vereinigung wirksam bleibt, auch wenn sie aus dieser Vereinigung ausscheiden.

Das kommt auch für den Verband der Tischlerinnungen Schlesiens in Betracht. Als selbständige Organisation ist er am Mantelvertrag nicht beteiligt, aber er war zur Zeit des Vertragsabschlusses Mitglied des Landesverbandes Schlesiens. Daß er inzwischen diese Mitgliedschaft gelöst hat, berührt die ihm aus dem Vertrag erwachsenden Pflichten nicht. Der Schlesiensche Tischlerinnungsverband unter der bewährten Führung des Geschäftsführers Dr. Reichenbach will sich aber bemerklich machen. Daß seine Kundgebungen, obwohl sie todernt gemeint sind, nur komisch wirken, ist das persönliche Pech dieses Syndikus. Er hat an den unparteiischen Vorsitzenden des Lohnamtes den folgenden Schreibebrief gerichtet:

„Wie wir durch den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, Landesverband Schlesiens, erfahren, ist bei den Lohnverhandlungen vor dem Zentrallohnamt in Berlin am 21. August folgender Schiedsspruch für Schlesiens gefällt worden:

(Hier folgt der Schiedsspruch im Wortlaut.)

Dieser Schiedsspruch ist uns, nämlich dem Verbands der Tischlerinnungen Schlesiens, nur unter der Hand bekannt geworden, weil das zentrale Lohnamt auf dem Standpunkt steht, daß unser Verband nicht Tarifvertragspartei sei und daher bei der neuen Lohnfestsetzung nicht mitzureden habe. Dabei stehen hinter uns fast sämtliche Tischlermeister der Provinz Schlesiens mit über 2000 Mitgliedern und ebensoviel Gesellen.

Wir erklären jedenfalls, daß wir den Schiedsspruch ablehnen. Er steht im Widerspruch mit der von uns ausgegebenen Parole, daß nämlich die von der Regierung angeregte Lohnsenkungsaktion in der Weise in Schlesiens zur Durchführung gebracht werden solle, daß die Löhne vom 1. Oktober 1928 als ordnungsmäßige Löhne zu betrachten seien. Dieser Parole haben die Tischlermeister in Schlesiens bis auf wenige Ausnahmen Folge geleistet. Die kleinen Widerstände des Holzarbeiter-Verbandes in Strehlen und Beuthen sind bedeutungslos. Der Herr Regierungspräsident in Breslau hat uns außerdem bei der Durchführung seine Unterstützung insoweit zugesagt, als er insbesondere in Strehlen den Landrat angewiesen hat, Leib und Leben der Arbeitswilligen zu schützen.

Wir werden uns jedenfalls mit aller uns zu Gebote stehenden Macht gegen eine Vergewaltigung unseres Handwerkerstandes wehren, die wir darin sehen würden, wenn der obengenannte Schiedsspruch über unsere Köpfe hinweg und auch gegen den Willen des Hirschberger Verbandes für allgemeinverbindlich erklärt würde, weil doch heutzutage erwiesen ist, daß dieser Schiedsspruch keine überwiegende Bedeutung in Schlesiens hat.“

Wie imponierend klingt es, daß dem Verbands über 2000 Tischlermeister angehören, die im Durchschnitt je einen Gesellen beschäftigen. Ob die Zahl stimmt, bleibe dahingestellt. Auch Herr Dr. Reichenbach hat die Kundgebungen der Regierung dahin verstanden, daß sie zur Lohnsenkung anregen. Sehr rühmlich für die Regierung Brüning-Stegerwald! Dieser Anregung, wie sie sie auffassen, entsprechend, haben die schlesischen Zünftler beschlossen, die Löhne herabzusetzen. Ihrer Parole sind die Tischlermeister (die meist keine Gesellen haben) mit Begeisterung gefolgt. Über die „kleinen Widerstände des Holzarbeiter-Verbandes“ berichten wir an anderer Stelle. Wir können nicht auf alle unfreiwilligen Späße des Herrn Dr. Reichenbach eingehen, doch sei auf den letzten Absatz seines Schreibens besonders verwiesen. Hier erbringt der Herr Syndikus glänzend seinen Befähigungsnachweis.

Die Besprechung der Kundgebungen der Unternehmer hat mehr Raum in Anspruch genommen, als wir eigentlich wollten, wir müssen die Dinge auch von der ersten Seite betrachten. Unser Verbandsvorstand ist nach sehr reiflicher Erwägung zu dem Entschluß gekommen, beim Reichsarbeitsminister den

Antrag zu stellen, den Schiedsspruch vom 22. August für verbindlich zu erklären.

Dieser Beschluß entspricht dem Mantelvertrag. Der § 5 der Geschäftsordnung des Lohnamtes für das Holzgewerbe sagt: „Wird der Spruch nicht von beiden zentralen Vertragsparteien angenommen, so steht der annehmenden Partei das Recht zu, Antrag auf Rechtsverbindlichkeit bei der staatlichen Schlichtungsbehörde zu stellen.“ Trotzdem bedeutet die Entscheidung des Vorstandes in gewissem Sinne eine Abkehr von der Linie, die das Holzgewerbe bisher in der Vertragspolitik eingehalten hat.

Man hat es bisher nach Möglichkeit vermieden, die amtlichen Stellen für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Holzgewerbe in Anspruch zu nehmen. Man war stolz darauf, daß wir die Differenzen durch eigene Organe schlichten konnten und daß sich im Holzgewerbe — gestützt auf die beiderseitigen Organisationen — eine wirkliche Tarifgemeinschaft herausgebildet hat. Bisher galt für die Verbände des Holzgewerbes der Grundsatz, daß sie ihre Angelegenheiten in unmittelbaren Verhandlungen regeln und daß jede Organisation für die Durchführung der getroffenen Vereinbarung einstehen muß.

Der Arbeitgeberverband hat diesen Grundsatz preisgegeben. Das Gefüge seiner Organisation ist dort innen heraus unterhöhlt und sein Vorstand hat nicht die Kraft, die widerstrebenden Elemente zusammenzuhalten. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes mußte die Folgen der Kündigung der Lohnabkommen voraussehen. Er mußte, daß damit der Streit im Unternehmerlager offenkundig wird. Er mußte, daß der Versuch, die Tariflöhne abzubauen, an dem Widerstand des Holzarbeiter-Verbands scheitern muß und daß der nach Ablauf der Lohnabkommen eintretende Zustand dem Gewerbe gewiß nicht zum Vorteil gereichen wird. Aber ihm fehlte die Kraft, den kurzschäftigen Elementen in seinen Reihen den notwendigen Widerstand entgegenzusetzen.

Wenn nun unser Verband die Verbindlichkeit der Schiedssprüche beantragt, dann bedeutet das, daß durch die Schuld des Arbeitgeberverbandes das Holzgewerbe auf einen Weg gedrängt wird, den es bisher vermieden hat, nämlich den Weg von der freiwilligen Tarifgemeinschaft zum Zwangstarif mit allen seinen Mängeln.

Die Frage, ob das Holzgewerbe diesen Weg auch weiter verfolgen muß, wird sehr bald akut werden. Bei dem derzeitigen Stande der Dinge erscheint es ausgeschlossen, den geltenden Mantelvertrag über den nächsten Ablauftermin hinaus bestehen zu lassen. Dann wird auch die Frage, mit wem im deutschen Holzgewerbe künftig Verträge abzuschließen sind, sehr sorgsam geprüft werden müssen.

Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband hat bewiesen, daß er für die Regelung der Arbeitsbedingungen in allen Sätteln gerecht ist. Wir können die Interessen der Holzarbeiter ebenso bei zentraler, wie bei bezirklicher oder örtlicher Regelung wahrnehmen und diese Interessen werden auch nicht preisgegeben, wenn sich der Abschluß eines Tarifvertrages als unmöglich erweist. Als Vertragspartner kann nur eine Organisation in Frage kommen, die auch die Gewähr für die Erfüllung übernommener Pflichten bietet. Wir haben nie ein Fehl daraus gemacht, daß wir in der reichszentralen Tarifpolitik die beste Lösung dieses Problems erblickten, aber geht es auf diesem Wege nicht, dann wählen wir einen anderen. Die Tarifvertragspolitik im Holzgewerbe steht vor einem Wendepunkt. Dieser Tatsache müssen wir ins Auge blicken im Bewußtsein, daß sich daraus Konsequenzen ergeben, die im Augenblick noch nicht völlig zu übersehen sind.

Wie weit steigt die Arbeitslosigkeit?

Die Wirtschaftslage verschlechtert sich immer mehr. Trotz der vielen und schönen Versprechungen der Beschäftigtenregierung...

Aber die Ursachen der schweren Wirtschaftskrise und ihren jetzigen Stand macht das I.F.A. in seinem 2. Vierteljahreshft für 1930 sehr beachtliche Ausführungen.

Der Umfang der industriellen Tätigkeit dürfte zurzeit (Ende August) um 18 bis 20 Prozent geringer sein als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Eingeleitet wurde der zu diesem Tiefstand führende Abstieg Ende 1927.

Zum erstenmal seit dem Weltkriege befindet sich die deutsche Konjunktur jetzt in vollem Gleichschritt mit der weltwirtschaftlichen Industriekonjunktur.

Eine gewisse Erleichterung vermochte die fortschreitende Beschäftigung der Kreditmärkte zu verschaffen. Die Senkung des Kapitalzinses ist aber noch nicht weit genug fortgeschritten.

Im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung ergeben hat die von der Reichsregierung beabsichtigte Finanzreform...

Nach den zurzeit vorliegenden objektiven Ergebnissen der Konjunktur jedoch wird sich die mit dem Herbst einsetzende fallomonatige Zunahme der Arbeitslosigkeit voraussichtlich in voller Höhe auf den Arbeitsmarkt auswirken.

Anzeichen eines nahe bevorstehenden oder bereits vollzogenen Tendenzumschwungs der Konjunktur im Sinne eines beginnenden Wiederanstiegs zeigten sich bisher in keinem Lande...

Die Aussichten der deutschen Konjunktur sind also alles andere als rosig. Daß es in anderen Ländern nicht anders aussieht, ist nur ein schwacher Trost.

Weltwirtschaftlich heute befindet, ist die schwerste Konjunkturlage gegen das kapitalistische System. Das I.F.A. empfand dies auch, denn es schreibt: „Auf der einen Seite liegen jetzt Milliardenwerte an Waren brach und harren des Absatzes...“

Diesem Zustande gilt unser unerbittlicher Kampf, dessen Ziel die sozialistische Wirtschaft ist.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im August 1930.

Die anormale Wirtschaftslage findet ihren Ausdruck darin, daß auch in den Sommermonaten, die sonst eine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen, das Heer der Arbeitslosen noch fortgesetzt anwächst.

1164 Entlassenen nur 2548 Eingestellte gegenüber. Fast in allen Berufsgruppen ist die Zahl der Entlassenen größer, in manchen sogar sehr viel größer als die der Eingestellten.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat August 1930.

Table with 11 columns: Berufszweig, Beschäftigte, Anzahl der Entlassenen, Beschäftigungsgrad, Geschäftsgang (gut, befriedigend, schlecht), and Beschäftigungsgrad im Vergleich zu Juli 1930 und August 1929.

Zusammen 784 81785 2548 6164 54078 66 9017 202 23929 505 48839 11,0 29,3 59,7 11,6 25,4 53,0 42,8 33,2 24,0

Stillgelegte Betriebe mit Arbeitern: 1) 2 mit 159, 2) 1 mit 8, 3) 2 mit 270, 4) 4 mit 393, 5) 1 mit 15, 6) 1 mit 62, zusammen 11 Betriebe mit 907 Arbeitern.

Die Entwicklung der Holzindustrie im August 1930 ist aber so geringfügig, daß sie nur bei genauem Zusehen erkennbar ist.

Dem sehr unerschütterlichen Bilde von der Geschäftslage in den Großbetrieben entspricht das Ergebnis der Erhebung über die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Mitglieder arbeitslos; die Arbeitslosigkeit ist also auch im August weiter gestiegen. Die Kurzarbeit hat sich etwa auf der Höhe des Vormonats gehalten.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende August 1930.

Table with 11 columns: Gau, Bericht haben, Arbeitslose am 31.8.30, Beschäftigte, etc., showing regional data for various areas like Ostpreußen, Stettin, Breslau, etc.

Von der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft.

Der schlechte Geschäftsgang hat, wenigstens in der Holzindustrie, die eigenartige Folge, daß die Zahl der Unternehmungen eine Steigerung erfährt. Die Furcht vor Entlassung und Arbeitslosigkeit veranlaßt manchen Arbeiter, einen eigenen Betrieb zu eröffnen. Es mag vorkommen, daß ein solches, aus Not gegründetes Unternehmen floriert, für das Gewerbe als Ganzes sind aber solche Neugründungen sicher kein Vorteil. Auch die Statistik der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft weist für das Jahr 1929 eine Zunahme der Betriebe von 55 222 auf 56 568, also um 1346 oder 2,4 Prozent, auf, während gleichzeitig die Zahl der Versicherten von 337 530 auf 325 183 oder um 3,6 Prozent zurückging. Die Entwicklung zum Kraftbetrieb hat weitere Fortschritte gemacht; die Zahl der Handbetriebe ist von 9541 auf 8399 oder um 12 Prozent zurückgegangen, während die Zahl der Kraftbetriebe von 45 681 auf 48 169 oder um 5,4 Prozent stieg. In welchem Maße in der Holzindustrie immer noch der Kleinbetrieb überwiegt, erkennt man daran, daß auf jeden Betrieb im Durchschnitt nur 5,7 Beschäftigte entfallen; im Jahre 1928 waren es noch 6,1.

Der von der Berufsgenossenschaft herausgegebene Bericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften beginnt mit der Feststellung, daß sich die Zahl der gemeldeten Unfälle gegenüber dem Vorjahre von 39 096 auf 38 279 oder um 2,1 Prozent vermindert habe. Für die 2395 erstmalig entschädigten Unfälle wird die Vergleichszahl nicht genannt. Auch bei den auf 1000 Vollarbeiter bezogenen Zahlen vermissen wir die Vergleichszahlen des Vorjahres. Man muß schon den vorjährigen Bericht zur Hand nehmen, um festzustellen, daß die Unfallhäufigkeit gestiegen ist. Erstmals entschädigt wurden 2395 Unfälle, darunter 91 tödliche. Von 29 gemeldeten Berufstränkungen wurden 2 entschädigt. Unter Zuhilfenahme des vorjährigen Berichtes stellen wir fest, daß auf 1000 Vollarbeiter entfallen: 118 (1928: 115) gemeldete und 7,4 (7,2) entschädigte Unfälle und 0,09 (0,06) gemeldete Berufstränkungen. Diese verhältnismäßige Steigerung der Unfallhäufigkeit bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeiter findet ihre Erklärung in der auch von den technischen Aufsichtsbeamten beobachteten Erscheinung, daß besonders kleinere Betriebe nach Entlassung der älteren eingearbeiteten Maschinisten jüngerer, wenig erfahrene Arbeiter an Maschinen beschäftigen. Mitunter ist auch das beschleunigte Arbeitstempo als Unfallursache bezeichnet worden. An erster Stelle werden als Unfallursachen natürlich Unkenntnis der Gefahren, Leichtsinns und Bequemlichkeit genannt, wobei der Bericht diese Vorwürfe sowohl gegen Arbeiter und Unternehmer erhebt. Bemerkenswert ist auch der Hinweis auf die oft schlechte Beschaffenheit der Werkzeuge.

Diese allgemein gehaltenen Behauptungen werden belegt durch die Beschreibung einer größeren Zahl von bedeutsamen Unfällen. Wir beschränken uns hier auf den Hinweis, daß in drei Fällen die leichtfertige Vergrößerung von Niemensscheiben durch Holzauflagen die Ursache für tödliche Verletzungen gewesen ist. Aus der Beschreibung dieser Unfälle gewinnt man den Eindruck, daß denen, die solche gefährliche Experimente unternehmen, die Tatsache unbekannt ist, daß mit der Vergrößerung der Niemensscheibe nicht nur die Umdrehungsgeschwindigkeit, sondern auch die Fliehkraft eine Steigerung erfährt, der dann das Material nicht gewachsen ist. Daß auch an Maschinen, die allgemein als ungefährlich gelten, schwere Unfälle eintreten können, hat zu seinem Schaden ein Arbeiter erfahren, der noch kurz vor Schichtschluß die Leimwalzen an der Leimauftragmaschine reinigen wollte. Seine Finger wurden von den Walzen erfaßt und der Arm bis zum Ellbogen nachgezogen.

Beachtung verdient die Feststellung, daß viele Betriebsunternehmer den Unfallverhütungsvorschriften nicht die gebührende Beachtung schenken und sich oft nicht einmal mit den wichtigsten Vorschriften für die im Betrieb benutzten Maschinen und Einrichtungen vertraut machen. Selbst gegen Vorschriften, die jedem bekannt sein müßten, wird in leichtsinnigster Weise verstoßen. Unter diesen Unternehmern dürften auch wohl die zu finden sein, von denen an anderer Stelle des Berichts gesagt wird, daß sie beim Erscheinen des technischen Aufsichtsbeamten die einfachsten Formen der Höflichkeit vermissen lassen.

Sehr zahlreich waren, wie alljährlich, die im Interesse der Unfallverhütung erforderlichen Anordnungen. Doren wurden 20 441 in 6835 Betrieben erlassen. Obwohl in dieser Hinsicht durchaus nicht rigoros vorgegangen wird, mußten doch 602 Unternehmer bestraft werden. Die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Personen an gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen scheint ein noch sehr verbreitetes Übel zu sein. Bei Betriebsbeschäftigungen war dieser gefährliche Unfug in 70 Fällen zu rügen, aber anlässlich von Unfällen in 387 Fällen. Die Aufsichtsbeamten erhalten von diesen Dingen als meist erst dann Kenntnis, wenn das Unglück geschehen ist. Man sollte erwarten, daß die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter selbst darauf achten, daß ungeeignete Personen nicht an die gefährlichen Maschinen gestellt werden. Aber leider muß der Bericht auch diesmal wieder feststellen, daß eine Besserung im Verhalten der Versicherten gegenüber den Unfallverhütungsvorschriften nicht beobachtet werden konnte, trotz aller Aufklärungsarbeit, wobei die auch von den Gewerkschaften ausgehende ausdrückliche Anerkennung wird. Immerhin wird festgestellt, daß die Versicherten in den Großstädten den Unfallverhütungsvorschriften mehr Verständnis entgegenbringen als in der Provinz, wo allerdings



Die Sozialdemokratie steht unerschüttert

Am Morgen nach der Wahl, da diese Zeilen in Druck gehen, liegt das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September noch nicht vollständig vor. Nach den vorläufigen Zahlen hat sich die Sozialdemokratie gegenüber dem heftigen Ansturm von links und rechts gut behauptet. Wenn sie auch von ihren seitherigen 152 Mandaten etwa 10 verloren haben dürfte, so bleibt sie doch mit etwa 142 Abgeordneten die weitaus stärkste Partei. Das hervorsteckendste Ergebnis der Wahl ist das starke Anwachsen der Flügelparteien rechts und links. In ganz außerordentlichem Maße sind die Nationalsozialisten angewachsen, die ihre Mandate vervielfacht haben, von 12 auf 108, wodurch sie zur zweitstärksten Partei geworden sind. Die Zahl der kommunistischen Mandate hat sich von 54 auf 77 gesteigert. Auch das Zentrum hat eine Zunahme von 61 auf 76 Mandate zu verzeichnen. Die übrigen bürgerlichen Parteien haben starke Verluste erlitten. Die Deutschen Nationalen gehen zurück von 78 auf 41 Mandate. Die von ihnen abgeplitterte konservative Volkspartei hat 6 Mandate errungen. Die Deutsche Volkspartei hat 34 (seither 45), die Staatspartei, als Nachfolgerin der Demokraten, hat 20 (seither Demokraten 25), die Wirtschaftspartei 22 (23), die Bayerische Volkspartei 17 (17) Mandate. Dann hat noch die Landvolkpartei 17 Mandate errungen. Inwieweit hiervon die seither im Reichstag vertreten gewesenen kleinen Parteien (Deutsche Bauernpartei mit 8, Christlich-Nationale Bauernpartei mit 9, Deutschhannoversche Partei mit 4 und Volksrechtspartei mit 2 Mandaten) berührt sind, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Wir beschränken uns auf diese Mitteilung des vorläufigen Wahlergebnisses, das wohl noch einige Korrekturen erfahren dürfte. Eine Würdigung des Wahlergebnisses behalten wir uns vor.

oft die Meister und Meistersöhne mit schlechtem Beispiel vorangehen. Das relative Lob, das hier den Maschinenarbeitern in den Großstädten gezollt wird, darf man wohl als einen Erfolg unserer Unfallschutzkommissionen buchen, der zu verstärkter Tätigkeit aneifern möge. Notwendig ist allerdings, daß auch in den kleineren Orten solche Kommissionen gebildet werden und eine Tätigkeit entfalten. Bedauerlich ist es, daß neben 602 Unternehmern auch 24 Versicherte wegen Zuwiderhandlung gegen die Unfallverhütungsvorschriften bestraft werden mußten. Die Beachtung dieser Vorschriften ist aber eine Notwendigkeit, die durch Strafen erzwungen werden muß, wo Belehrung nicht hilft.

Die Feststellung, daß an neu gelieferten Maschinen wiederholt mangelhafte Schutzvorrichtungen vorgefunden wurden, ist ein Beweis dafür, daß die Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung doch nicht so wirkt, wie sie es gern glauben machen will. Im Anschluß an die Aufzählung der von den Aufsichtsbeamten getroffenen Anordnungen heißt es, daß Anregungen oder Vorschläge zur Ergänzung oder Änderung der Unfallverhütungsvorschriften weder von den Mitgliedern noch von den Versicherten gemacht worden sind. Der Zweck dieser Feststellung ist nicht recht ersichtlich, es sei denn, daß damit die Vollkommenheit der Vorschriften unterstrichen werden soll. Aber Vollkommenheit ist doch gerade in bezug auf Unfallverhütungsvorschriften ein recht relativer Begriff. Die an anderer Stelle berichtete Tatsache, daß dem Meister Schulz in den Holsatia-Werken eine Prämie zugewiesen wurde für die Konstruktion einer brauchbaren Sicherung an der Furnierschneidemaschine, um das unbeabsichtigte Herabgehen des Druckbalkens und des Messers zu verhindern, scheint uns die erwähnte Feststellung zu widerlegen, wonach Anregungen zur Verbesserung des Unfallschutzes nicht gegeben worden seien. Auch die dem Bericht beigegebenen bildlichen Darstellungen neuer Schutzvorrichtungen für Kreissägen und Fräsen beweisen die Verbesserungsfähigkeit des Unfallschutzes.

Der Bericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zeigt, daß die technischen Aufsichtsbeamten der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft redlich bemüht sind,

ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Das Zusammenarbeiten mit den Organen unseres Verbandes, das an mehreren Stellen des Berichts erwähnt ist, gereicht der Aufsichtstätigkeit sicher nicht zum Nachteil. Leider ist die Zahl der Aufsichtsbeamten viel zu gering; konnten doch, trotz der Steigerung der Aufsichtstätigkeit, nur 25,07 Prozent der Betriebe revidiert werden. Die Menge der in den revidierten Betrieben erforderlich gewordenen Anordnungen beweist, daß der Unfallschutz in den Betrieben der Holzindustrie noch sehr viel zu wünschen übrigläßt.

Märchen und Wirklichkeit.

Der Zechenverband für den Ruhrbergbau begründete seine Lohnabbauforderung von 10 Prozent (inzwischen ist das Lohnabkommen durch verbindlich erklärten Schiedsspruch verlängert worden) mit der Notlage der Bergbauunternehmungen. Wie diese Notlage aussieht, zeigen die Untersuchungen des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes. Aus den Geschäftsabstößen der maßgebenden Bergbaugesellschaften mit über 70 Prozent aller Betriebe geht hervor, daß diese Gesellschaften in den letzten fünf Jahren erhöht haben

ihr Aktienkapital um	20 Millionen Mark
die Rohgewinne um	281 " "
die Reingewinne um	46 " "
die Reserven um	60 " "
die Abschreibungen um	53 " "

Diese Zahlen lassen von einer Notlage der Bergbauunternehmungen nichts merken. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Rechnung des Bergarbeiter-Verbandes nur die nachgewiesenen Gewinne enthält, die versteckten kennt die Öffentlichkeit nicht.

Die Unternehmer haben es verstanden, die Lohnkosten je geförderte Tonne Kohle ständig zu senken. Noch vor fünf Jahren betrug der Lohnanteil pro Tonne 8 Mk., heute dagegen nur noch 6,73 Mk. Das Weniger hier ist ein Mehr bei den Unternehmern. Die Tonne Fettsäurekohle kostet ab Zechen im Durchschnitt 16 bis 17 Mk., im Kleinverkauf aber 27 bis 31 Mk. Das ist ein Handels- und Gewinnaufschlag von rund 80 Prozent. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den anderen Kohlenorten. Viele Zechen haben sich eigene Kohlenhandels-gesellschaften zugelegt, um auch hier noch zu verdienen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Gewinne, die den Unternehmungen aus den Nebenanlagen, wie Kokereien, Gasanstalten, Brickettfabriken, zufließen.

Bessende und Besslose.

Im Septemberheft der Zeitschrift „Die Tat“ veröffentlicht F. Fried eingehende Untersuchungen der Einkommen- und Vermögensschichtung, deren Ergebnisse jedem Arbeiter und jedem Angestellten zu denken geben sollten. Der Verfasser geht von den Vorgängen der Berliner Metallindustrie aus. Er berechnet, daß die 25 Direktoren im Siemens-Konzern etwa 12 1/2 Millionen Mark im Jahre verdienen und die 10 000 Angestellten etwa 25 Millionen Mark. Also 10 000 Angestellte verdienen nur doppelt soviel wie 25 Direktoren. Fried erzählt noch, daß während Tausende bei Siemens auf die Straße gesetzt werden, um 2 1/2 Millionen jährlich zu sparen, der Generaldirektor Röttgen, einer von den 25, auf seinem Grundstück einen großen Teich ausschachten läßt, weil er nicht einsieht, warum er nicht auch seinen eigenen See haben soll, und Werner von Siemens sich neben seinem Musikpavillon in seiner Villa ein luxuriöses Schwimmbad einrichten läßt.

Was Fried in seiner Untersuchung feststellt, ist die ungeheure Kluft zwischen arm und reich, zwischen Besitz und Nichtbesitz, die überhaupt nicht mehr überbrückbar scheint, weil sie zu groß geworden ist. Heute gehört man entweder zu Besitzenden oder Nichtbesitzenden. 29 1/2 Millionen Menschen verdienen im Durchschnitt 130 bis 140 Mk. im Monat, davon ein erheblicher Teil „noch nicht einmal das amtlich errechnete Existenzminimum“; 3 1/2 Millionen verdienen etwa 450 Mk. im Monat und 30 000 zwischen 12 000 und 13 000 Mark monatlich im Durchschnitt. 5000 Menschen verdienen zusammen jährlich ebensoviele wie 1 1/2 Millionen.

Das gewaltige Auseinanderklaffen von Besitz und Nichtbesitz wird noch deutlicher bei der Untersuchung der Schichtung der Vermögen. Von den 65 Millionen Deutschen besitzen 2 1/2 Millionen ein Vermögen von mehr als 5000 Mk. (Freigrenze). 96 Prozent der Bevölkerung sind so gut wie vermögenslos. 64 Milliarden Vermögen verteilen sich auf 2 1/2 Millionen Menschen, während 61 1/2 Millionen leer ausgehen. Unter den 2 1/2 Millionen sind die Vermögensunterschiede noch beträchtlich.

Die Verteilung der irdischen Güter über die einzelnen Schichten geht aus folgendem Bild ungefähr hervor:

Menschen	Schicht	Vermögen	Einkommen
60 Millionen	Nichtbesitz	16 Milliarden	45 Milliarden
4 Millionen	Mittelstand	35 Milliarden	17 Milliarden
100 000	Besitz	35 Milliarden	5 1/2 Milliarden

Der Verfasser zieht den Schluß, daß an dem Ergebnis nichts geändert werden kann, ob man so oder so rechnet, weil es die nackte Wirklichkeit ist, wie sie „jeder von uns täglich in den Bureaus, in den Betrieben, auf der Straße sieht und erlebt“. Er schließt mit einem treffenden Busch-Wers:

... es ist hienieden zu vieles viel zuviel verschieden. Der eine fährt Mist, der andere spazieren, das kann ja zu nichts Gutem führen . . .

Warum ist es so? Es ist nur möglich, weil noch ein großer Teil der Nichtbesitzenden sich als Hüter der besitzenden Schichten mißbrauchen läßt.



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes.

Lehrgang an der Bundeschule in Bernau.

Am 28. September beginnt an der Bundeschule des DGB in Bernau ein auf vier Wochen berechneter Lehrgang für Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, an welchem 40 Kollegen teilnehmen.

Die Teilnehmer wurden auf Grund von Vorschlägen der Gauvorsteher unter Berücksichtigung des von jedem Bewerber eingereichten Lebenslaufs vom Verbandsvorstand ausgewählt. Die gewählten Kollegen sind direkt benachrichtigt worden. Die Bewerber, die bei diesem Lehrgang nicht berücksichtigt werden konnten, wollen auf diesem Wege hiervon Kenntnis nehmen.

Gauvorsteher in München.

Durch den Tod des Kollegen Max Huber ist die Stelle eines Gauvorstehers in München frei geworden. Vorstand und Ausschuss haben in gemeinsamer Wahl den bisherigen Bezirksleiter in Oldenburg, Kollegen

Karl Gerken,

zum Zweiten Gauvorsteher für den Gau München berufen. Kollege Gerken hat das neue Amt bereits angetreten. Der Verbandsvorstand.

Solidarität.

In der „Holzindustrie“ vom 5. September wird mit dem Ausdruck tiefster Entrüstung die folgende Moritast erzählt:

„In Berlin hat es sich zugetragen, daß ein Möbelfabrikant 5 Arbeitskräfte benötigte. Er wandte sich deshalb an die öffentliche Arbeitsvermittlung für Tischler. Es erschienen 5 Herren, die schon eine längere Zeit arbeitslos waren. Es wurde ihnen eröffnet, daß ein Lohn von 1,20 Mk. pro Stunde gezahlt würde. Daraufhin fand eine Besprechung auf Betreiben eines dieser Herren untereinander statt und dem Unternehmer wurde freundlich lächelnd eröffnet, daß man für diesen Lohn nicht arbeiten könne. Darauf verschwand man und bezieht weiterhin Arbeitslosenunterstützung.“

In Berlin haben die Löhne 1,17 bis 1,30 Mk. pro Stunde betragen, zurzeit herrscht ein tarifloser Zustand. Außerdem gibt es in Berlin von rund 25 000 gelernten Tischlern 20 050, die arbeitslos sind (?). Allem Anschein ist die Dentweife der 5 Herren ganz besonders geschult. Oder hat die gewerkschaftliche Zugehörigkeit bereits soweit Früchte getragen, daß das einfache natürliche Denken und Handeln ausgeschaltet wird? Es handelt sich in diesem Falle um die freie Holzarbeitergewerkschaft, die sozialdemokratisch ist. Die Korrektur in der Dentweife und Agitation innerhalb dieser Gewerkschaft wird sich ohne Zweifel dann einstellen, wenn die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder, die Unterstützungen von der Gewerkschaft erhalten, langsam und sicher das Vermögen der Gewerkschaft aufgezehrt haben. Erst wenn es an den eigenen Geldbeutel geht, fängt man an, nachzudenken. Und warum soll es einer Gewerkschaft anders gehen?“

Mit dieser Geschichte soll die Dummheit der Holzarbeiter charakterisiert werden, die lieber arbeitslos bleiben als daß sie dem Verlangen der Unternehmer nach Herabsetzung der Löhne Vorstoß leisten. Diese 5 Herren vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin stehen aber keineswegs allein; der Fall, der hier geschildert wird, ereignet sich in den verschiedensten Orten recht häufig. Was die Unternehmer als Dummheit ansehen, das ist in Wirklichkeit der Ausdruck der Solidarität. Jeder Holzarbeiter, der Anspruch auf Selbstachtung erhebt, lehnt es ab, für 1,20 Mk. zu arbeiten, wenn der Tariflohn 1,30 Mk. beträgt, auch wenn der Tarif abgelassen ist. Das ist der Erfolg der Gewerkschaftsarbeit, daß diese Gesinnung als Selbstverständlichkeit im Verband angelehrt wird. Die dem hart ausgeprägten Solidaritätsgefühl der Verbandsmitglieder ist es zu danken, daß das Lohnniveau im Holzgewerbe gehalten wird, auch wenn ein Lohnarif nicht besteht.

Des Syndikus Klage.

Auf zwei langen Eralten in den „Dresdener Nachrichten“ vom 28. August schiltet der Syndikus Karl Tögel in Coburg, Mitglied des Sächsischen Landtages, sein bedrängtes Schicksal aus über den „Erlaß“ vom 28. August der sächsischen Stuhlindustrie. Herr Tögel ist der Geschäftsführer der sächsischen Stuhlindustriellen. Auf ihre Veranlassung hin haben die Stuhlfabrikanten in Dresden unmittelbar nach Ablauf des Lohnabkommens ihre Arbeiter ausgesperrt. Das heißt sie haben mittels gedruckten Bescheidens ihren Arbeitern zum 2. August gekündigt und haben sich verpflichtet, zu einem Spitzenlohn von 1 Mk. statt des bisherigen Tariflohnes von 1,20 Pf. zu arbeiten. Als die Arbeiter die Kündigung annahmen und die Betriebe verlassen, waren die Unternehmer nicht wenig erstaunt; hatten sie doch nach den Berechnungen ihres Syndikus sehr damit gerechnet, daß die Arbeiter mit Nachdruck für den herabgesetzten Lohn weiterarbeiten würden. In der Versammlung, welche die Unternehmer am 11. August abhielten, um den Schaden zu besetzen, gab es sehr lange Gespräche. Die Folge

war, daß sie mit möglicher Beschleunigung Verhandlungen mit ihren Betriebsräten suchten, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen unter Verzicht auf den Lohnabbau zu erreichen.

Für die Stuhlfabrikanten in Rabenau und Umgegend war diese Niederlage fatal, fataler noch für den Syndikus Tögel, der die Aufgabe übernommen hatte, die Lohnabbauwünsche der Stuhlindustriellen wenige Tage später vor dem Lohnamt für das Holzgewerbe zu vertreten. Er hat sich dieser Aufgabe mit starkem Pathos, aber wenig Erfolg unterzogen, und nun macht er seinem Herzen in der genannten Zeitung Luft.

Es ist richtig, daß in der sächsischen Stuhlindustrie die Geschäfte schlecht gehen und sehr viele Arbeiter beschäftigungslos sind. Daher haben die Unternehmer, die noch Aufträge haben, alle Ursache, ihre Betriebe in Gang zu halten und sie nicht durch leichtsinnige Experimente stillzulegen. Sie haben aber nicht gesehen, daß die organisierten Arbeiter nicht einem aussperrenden Unternehmer die Bude einlaufen, sondern, gestützt auf den Verband, abwarten, bis der Fabrikant durch Schaden klug wird.

Herr Tögel sieht die Ursache für die Notlage der sächsischen Stuhlindustrie in der „übertriebenen Sozialpolitik“ und in der „wöllig verfehlten Lohnpolitik“. Er zieht Vergleiche zwischen den jetzigen Löhnen und denen der Vorkriegszeit, wobei er, was ihm bereits in den Verhandlungen vor dem Lohnamt gesagt wurde, unvergleichbare Größen nebeneinanderstellt. Das gilt auch für die Vergleiche der Löhne in Rabenau mit denen in außer-sächsischen Stuhlgebieten. Dabei soll aber gern zugegeben werden, daß die Löhne jetzt höher sind als vor dem Kriege, dank dem Wirken unseres Verbandes.

Herr Tögel verübelt es keinem Arbeiter, nach höherem Lohn zu streben. Das ist wirklich nett von ihm. Aber er findet es bedauerlich, daß „bei den Gewerkschaften auch nicht die geringste Einsicht zutage trat“. Der Gute tut so, als habe er erwartet, daß unser Deutscher Holzarbeiter-Verband ihm zuliebe einem Lohnabbau zustimmen würde. Ja, wenn er noch verstanden hätte, einen vernünftigen Grund geltend zu machen. Aber er weiß nichts als die abgedroschenen Phrasen vorzutragen, wonach die hohen Löhne zu Preissenkungen, die nicht erzielt werden können, und weiter, daß die Fabriken in Gang gebracht würden, wenn die Löhne gesenkt werden. Ob Herr Tögel diese Weisheit selbst glaubt? Wäre seine Theorie richtig, dann müßte in den Gebieten mit den niedrigsten Löhnen der Geschäftsgang am lebhaftesten sein. Wenn er mit der nötigen Aufmerksamkeit um sich blickt, dann kann er aber die Beobachtung machen, daß gerade in Gegenden mit niedrigen Löhnen die Arbeitslosigkeit besonders groß ist.

Herr Tögel hält sich für einen großen Volkswirt, vielleicht auch für einen großen Dichter. Wie schön klingt es, wenn er sagt: „In der sächsischen Stuhlindustrie aber ringt sich die Not empor aus den Tiefen einer nicht verstandenen Sozialpolitik.“ Die „Dresdener Nachrichten“ haben diese wunderbare Sentenz sogar durch Fettdruck ausgezeichnet. Wir betrachten die Dinge nüchterner. Tatsache ist, daß es der sächsischen Stuhlindustrie schlecht geht. Sie teilt dieses Schicksal mit vielen anderen Wirtschaftszweigen und insbesondere auch mit der übrigen Holzindustrie. Am meisten leiden unter dem schlechten Geschäftsgang die Arbeiter. Das vom Syndikus Tögel und seinen Gesinnungsverwandten empfohlene Heilmittel läuft aber darauf hinaus, den wenigen noch in Arbeit stehenden den Lohn zu schmälern und damit ihr Arbeitseinkommen den täglichen Bezügen der Arbeitslosen anzunähern.

Das wäre aber auch der einzige Erfolg der Lohnabbauaktion. Der Stuhlindustrie ist damit nicht zu helfen, daß die ihr noch verbleibenden Arbeiter gezwungen werden, den Schmachtriemen enger zu ziehen, und für die Industrie im ganzen genommen kann es sich nur schädlich auswirken, wenn die geringe Kaufkraft, die der Arbeiterschaft geblieben ist, noch weiter eingeschränkt wird. Eine solche Eisenbarriere ist gemeinschädlich und unser Verband wird ihr den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, unbelümmert um die lyrischen Ergüsse scharfmacherischer Syndizi.

Abgewehrter Lohnabbau.

In der Möbelfabrik Türklich in Brandenburg an der Havel sollte nach berühmten Mustern der Lohn abgebaut werden. Auch solchen Kollegen, die schon jahrelang im Betrieb beschäftigt wurden, wurde ein Abzug von 2 bis 4 Pf. auf den Stundenlohn angeordnet. Durch das Eingreifen des Gauvorstehers gelang es, den Abbau abzuwehren. Soweit bereits Abzüge gemacht waren, wurde der Betrag nachgezahlt, und darüber hinaus erhielten 16 Kollegen, mehr als ein Viertel der Belegschaft, Zulagen von 2 bis 6 Pf. die Stunde.

*Mit Lutzmann hinter Nummer 11
am 38. Wochenausbeleg fällig*

Der Abwehrkampf in Schlessien.

Der Vorstand des Verbandes der Tischlerinnungen Schlesiens hat, wie er in seinem Organ bekanntgibt, am 11. August einen Beschluß gefaßt, wonach ab 1. August die Säge des Lohnarifs vom 1. Oktober 1928 gezahlt werden. In dem Beschluß heißt es weiter: „Sollten im Bezirk einzelner Innungen Betriebe bestreikt werden, so sind sämtliche Mitglieder dieser Innung verpflichtet, alle ihre Arbeitnehmer auszusperrern.“ Das klingt sehr schneidig, aber auch bei den schlesischen Zünftlern wird die Suppe nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht wurde. In einer Reihe schlesischer Orte schweben Abwehrkämpfe bzw. Aussperrungen, weil sich die Kollegen die ihnen angebotenen Lohnabzüge nicht gefallen lassen. Diese Kämpfe betreffen immer nur einzelne Betriebe. Davon, daß sich die Meister an den Beschluß der Innungshauptlinge halten, kann keine Rede sein. Weder wird der dekretierte Lohnabbau in allen Betrieben unseren Kollegen angefochten, noch denken die Meister daran, auszusperrern, wenn in einem Betriebe die Arbeit zu reduziertem Lohn verweigert wird. In einer Reihe von Fällen haben sich aber die Unternehmer bereits dazu bequemt, den Schiedspruch vom 22. August anzuerkennen, nach welchem der seit herige Lohnarif in Kraft bleibt.

So haben in Reihe einige Unternehmer Abzüge machen wollen. Als sich die betroffenen Kollegen zur Wehr setzten und die Arbeit einstellten, zogen es die Unternehmer vor, den Schiedspruch anzuerkennen, womit der kurze Abwehrkampf erfolgreich beendet war. Der gleiche Erfolg wurde in der Klavierfabrik Seiler in Piegeln erzielt. Dort hat die etwa 180 Mann starke Belegschaft am 9. August die Arbeit eingestellt. Am 28. August teilte die Firma mit, daß sie den Schiedspruch annehme und auf den Lohnabzug verzichte, so daß die Arbeit aufgenommen werden konnte. Auch in Kreuzburg wurde der Streik erfolgreich beendet. Im Kampf befinden sich noch etwa 50 Kollegen in Beuthen, etwa ebensoviel in Gleiwitz; auch in Hindenburg sind etwa 50 Kollegen im Streik, hier handelt es sich durchweg um Kleinbetriebe. In Ziegenhals wurde der Kampf im wesentlichen beendet. Etwa 70 Kollegen konnten nach Zurückweisung des Lohnabzuges die Arbeit wieder aufnehmen, nur in einem Betriebe mit 20 Arbeitern sind die Kollegen noch im Ausstand. In Schwednitz dauert der Streik in der Sportartikelfabrik Rothner fort; das gleiche gilt von dem Kampf in Patzschlau. In Schmarke bei Oels sind am 8. September 18 Kollegen eines Betriebes in den Abwehrstreik getreten. In Strehlen hat die Polizei durch übereifrigen Schutz der Streikbrecher einen Aufkauf hervorgerufen, da auch die Arbeiter anderer Berufe an dem Kampf unserer Kollegen Anteil nahmen. Schließlich hat der Magistrat Verhandlungen in die Wege geleitet, die dazu führten, daß die beiden in Betracht kommenden Unternehmer, die etwa 60 Arbeiter beschäftigen, auf den Lohnabbau verzichteten, so daß der Streik beendet werden konnte. Es dürften noch in einigen anderen Orten vereinzelt Kollegen im Ausstand sein. Von zahlenmäßiger Bedeutung sind aber diese Kämpfe nicht. Die Hoffnung ist berechtigt, daß die Abwehr in Schlessien einen vollen Erfolg zeitigt.

Die Waldenburger Zünftler Inneffen.

In Waldenburg in Schlessien haben, wie wir berichteten (siehe den Artikel „Schlaue Innungsmänner“ in Nummer 33 der „Holzarbeiter-Zeitung“), die Mitglieder der Tischler-Zwangsinnung versucht, einen neuen Lehrvertrag einzuführen, der neben anderen Schönheiten ein Lehrgeld von 1350 Mk. vorsieht, welches die Eltern des Lehrlings dem Lehrmeister zahlen sollen. Von unserem Gauvorsteher in Breslau ist dieses Lehrvertrages wegen eine Klage beim Arbeitsgericht Waldenburg anhängig gemacht worden zum Zwecke der Feststellung, daß dieser Lehrvertrag den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen widerspricht. Bei der am 18. August vor dem Arbeitsgericht Waldenburg geführten Verhandlung war neben dem Obermeister der Innung auch der unvermeidliche Dr. Reichenbach, der Syndikus des schlesischen Tischlerinnungsverbandes, erschienen. Aber die Klage seines Auftretens wollen wir weiter nichts sagen; er war eben ganz der Dr. Reichenbach. Sachlich beantragte er die Abweisung der Klage wegen Unzuständigkeit des Arbeitsgerichts, denn es seien doch ganz unglaubliche Zustände, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband es wagen dürfe, die Handlungen einer Innung zu kritisieren, die den berühmten Dr. Reichenbach als Ratgeber und Beistand habe. Als sich das Arbeitsgericht trotzdem für zuständig erklärte, zog sich Dr. Reichenbach auf die Behauptung zurück, daß gar kein Beschluß des Innungsvorstandes vorliege, sondern der famose Lehrvertrag das Ergebnis einer privaten Besprechung einiger Innungsmeister sei. Wertwürdig ist allerdings dabei, daß einige Meister erklärt haben, sie seien durch den Beschluß des Innungsvorstandes gezwungen, die Lehrverträge zu verwenden. Diese Meister werden nun in einer weiteren Verhandlung des Arbeitsgerichts darüber aussagen müssen, wie sie zu ihrer Erklärung gekommen sind.



Holzindustrie



Konjunkturbeobachtungen.

Das Institut für Konjunkturforschung schreibt in seinem neuen Vierteljahrsheft (Nummer 2/1930) über den Stand und die Aussichten der Konjunktur der Holzwirtschaft unter anderem folgendes:

In der Holzwirtschaft verschärften sich in den vergangenen Monaten die konjunkturellen Rückgangstendenzen. Die Umsätze an den Holzmärkten gingen, wenn man von den jahreszeitlichen Schwankungen abliest, zurück; die Holzpreise erreichten einen neuen Tiefstand. Die Beschäftigung verringerte sich nach der Statistik der Gewerkschaften im 2. Vierteljahr um 9,8 auf 69,1 Prozent.

Die Schwumpfung der Umsatzfähigkeit an den Holzmärkten war zunächst bedingt durch den geringen Bedarf des Baumarktes und der übrigen Abnehmerindustrien. Darüber hinaus veranlaßte die Unübersichtlichkeit der Preisentwicklung den Handel und die Holzindustrie zu stärkerer Zurückhaltung in den Einkaufsdispositionen, als angesichts der knappen Lagerbestände zu erwarten gewesen wäre. Hauptfaktoren aus diesen Gründen blieb die weitere Herabsetzung des Reichsbankdiskonts und die Ermäßigung der Diskontsätze für Holzgeldwechsel bisher ohne nachhaltigen Einfluß auf das Geschäft.

Die Entwicklung der Rundholzpreise ließ eine einheitliche Tendenz nicht erkennen; Preisrückgänge in Wuchsgebieten standen Preiserhöhungen in anderen Gebieten gegenüber. Diese Unterschiede in der Preisgestaltung zeigten sich vorwiegend bei leichtem Holz. Die Schnittholzpreise haben dem Druck der ungünstigen Absatzverhältnisse auf dem Binnenmarkt weitgehend nachgegeben. Dabei sind die Bauholzpreise stärker gesunken als die Preise für hochwertige Tischlerware, die den schon im ersten Vierteljahr erreichten Tiefstand nur wenig unterschritten haben. Auch die ausländischen Schnittholzpreise gingen, besonders in Rußland, zurück.

Vergleicht man die Entwicklung der deutschen Rundholzpreise in den letzten Jahren, so zeigt sich, daß die Rundholzpreise seit Ende 1927, abgesehen von jahreszeitlichen Schwankungen, unaufhörlich, im ganzen um 39,0 Prozent gesunken sind und gegenwärtig den Tiefstand von Anfang 1928 wieder erreicht haben. Die Schnittholzpreise sind in stärkerem Grade erst seit 1929 zurückgegangen und liegen gegenwärtig um 16,6 Prozent unter dem Höchststand von 1927.

Diese Preisgestaltung — stark sinkende Rohstoffpreise, schwächer zurückgehende Preise für Fabrikate — ist von entscheidender Bedeutung für die Konkurrenzverhältnisse auf den Holzmärkten. Die Senkung der Rundholzpreise führte zu einer zunehmenden Verdrängung ausländischen Rundholzes vom Binnenmarkt. Die Rundholzeinfuhr war schon seit Ende 1927 zurückgegangen und bewegt sich seit Anfang 1930 auf tiefem Stand. Andererseits lösten die niedrigen Preise ein erhöhtes Exportinteresse und steigende Aufnahmewilligkeit der Auslandsmärkte aus. Die Ausfuhr von Rundholz stieg seit 1927 und betrug im Mai dieses Jahres mehr als 50 000 Tonnen; der seit Anfang 1929 zu verzeichnende Ausfuhrüberschuß von Grubenholz erreichte ebenfalls im Mai 1930 mit 35 000 Tonnen seinen bisherigen Höchststand. Die Schnittholzeinfuhr ist dagegen, in Übereinstimmung mit der Bewegung der Schnittholzpreise, erst seit Ende 1928 gesunken. Der Rückgang in der deutschen Holzeinfuhr entfällt vor allem auf die Zufuhren aus Schweden und den übrigen Ostseestaaten, mit Ausnahme von Rußland.

Schon seit 1928 wurde der laufende Bedarf an Holz zu einem beträchtlichen Teil aus Lagerbeständen befriedigt. Trotz des Bedarfsrückganges haben sich die Holzvorräte auch in den vergangenen Monaten noch verringert. In absehbarer Zeit dürfte sich daher für Händler und Fabrikanten die Notwendigkeit ergeben, stärkere Eindeckungen vorzunehmen. Aller Voraussicht nach werden die Deckungslücken stark zunehmen, sobald die Preisentung zum Stillstand kommt. Endlich ist zu berücksichtigen, daß durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und die Beschaffungspläne der Reichsbahn erhöhte Nachfrage auch an den Holzmärkten entstehen kann.

In der Sägewerksindustrie ging die Beschäftigung abnehmend von der saisonmäßig zu erwartenden Belebung leicht zurück; sie blieb damit im ganzen noch unter dem Tiefstand von 1926. Die Beschäftigung in der Sperrholzindustrie nahm schon im Mai, ebenfalls im Gegensatz zur saisonüblichen Bewegung, ab. Bei der geringen Nachfrage des Baumarktes und der übrigen Abnehmerindustrien kann für die kommenden Monate kaum mit einer Zunahme von Beschäftigung und Absatz in der Sägewerks- und Sperrholzindustrie gerechnet werden.

Der Beschäftigungsgrad der Möbeldindustrie trat in den vergangenen Monaten weiter verringert, während saisonmäßig eine Zunahme zu erwarten gewesen wäre. Der Möbelhandel ist sehr zurückhaltend im Einkauf. Die Umsätze im Möbel Einzelhandel sind in den letzten Monaten zwar noch etwas gestiegen, doch hat sich die Zunahme verlangsamt. Für die kommende Zeit dürfte eher mit einem konjunkturellen Rückgang der Umsätze zu rechnen sein.

Die Beschäftigung in der Klavierindustrie betrug nach der Statistik der Gewerkschaften im Juni nur noch rund ein Drittel der durchschnittlichen Beschäftigung des Jahres 1925. Die Ursachen für diesen starken Rückgang sind zum Teil struktureller Natur. Ferner wird der Klavierabsatz von der konjunkturellen Minderung der Einkommen besonders schwer getroffen, weil etwa 80 Prozent aller Klaviere auf Teilzahlung gekauft werden. Die Beschaffung von Teilzahlungskrediten stößt gegenwärtig noch auf große Schwierigkeiten. Die Klavierausfuhr wird durch die hohen Zölle in den wichtigsten Absatzländern sowie durch die Erstarkung der ausländischen Konkurrenz gehemmt.

Diesen Ausführungen des IFA kann man zustimmen. Die Frage, wie die Konjunktur in den nächsten Wochen und Monaten sein wird, ist schwer zu beantworten. Auf den Holzmärkten ist wahrscheinlich mit einer kleinen, aber doch merkbaren Belebung zu rechnen. Einmal aus jahreszeitlichen Gründen, dann aber auch deshalb, weil sowohl die Lager der Sägewerke als auch die der Holzhändler und der Holzverarbeitenden Werke ziemlich geräumt sind. Dagegen bestehen für eine Besserung der Geschäftslage der Holzverarbeitenden Industrien noch keinerlei Aussichten.

Sagung der Korbmachermeister.

Der Reichsverband des Deutschen Korbmachergerwerbes (Sitz Berlin) hielt seinen 9. Verbandstag Ende Juli in Plegitz ab. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, zählt diese Unternehmerorganisation 1990 Mitglieder. Durch die Anstellung eines Geschäftsführers vor etwa einem Jahr ist wieder einiges Leben in den Reichsverband gekommen. Der Geschäftsführer, Herr Wilkens, legte dem Verbandstag ein Arbeitsprogramm für die Organisation vor, das einstimmig Annahme fand. Der erste Teil dieses Programms regelt den Aufbau der Organisation und das Verhältnis zwischen Zentralstelle und den angeschlossenen Innungen und Bezirks- und Landesverbänden. Im zweiten Teil werden die Aufgaben des Reichsverbandes aufgezählt. Unter a heißt es hier: „Förderung des Absatzes von Korbwaren durch Herausgabe von Werbeblättern und in anderer geeigneter Weise.“ Wir haben schon früher einmal darauf hingewiesen, daß mit dieser Art Tätigkeit höchstens der Druckerei, die dieses Werbematerial herstellt, auf die Beine geholt werden kann, aber bestimmt nicht dem Korbmachergerwerbe. Damit soll gegen die Propaganda an sich nichts gesagt sein, wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß die einzelnen Korbwarengeschäfte ihre Verkaufsstände viel propagandistischer aufmachen sollten, als dies heute im allgemeinen geschieht. Der Reichsverband kann sie dabei mit Rat und Tat unterstützen, aber diese Tätigkeit an die Spitze des Aufgabenprogramms stellen heißt doch Sinn und Zweck einer solchen zentralen Organisation vermissen. Die Schaffung von Einrichtungen zur Versorgung der Korbmacher mit einwandfreien Rohstoffen, die Schaffung von Unterlagen für die Ermittlung der Geschäftskosten, die Bekämpfung der Schmutz- und Schundkonkurrenz, die Vertretung des Gewerbes in Zoll- und Frachtfällen usw. sind dagegen Ziele, für die sich zu arbeiten lohnt, vorausgesetzt, daß man sich dabei im Rahmen wirtschaftlicher Gegebenheiten und Notwendigkeiten bewegt. Wir werden ja sehen, was der Reichsverband für das Korbmachergerwerbe in dieser Hinsicht tut und erreicht.

Aber Preiswirtschaft im Korbmachergerwerbe sprach Herr Klage aus Halle-Wettin. Die Preise für Korbwaren seien in den einzelnen Orten und Bezirken sehr verschieden. Dies sei vornehmlich auf die unterschiedliche Lohnhöhe zurückzuführen. Wenn ein Bezirksverband den Arbeitern 70 oder 80 Pf. Stundenlohn zahle, der andere aber nur 50 Pf., so könnten die Korbmachermeister dieses Bezirks natürlich billiger liefern als jene. Durch diesen Zustand beständen im Reichsverband Gegensätze, die auf die Dauer untragbar seien. Wenn eine gesunde Preispolitik eintreten solle, müßten zunächst die Löhne grundlegend geregelt werden. Herr Klage forderte die Schaffung eines Reichslohntarifes.

Die Korbmacherinnung Halle beantragte: „Der Reichsverband wolle unverzüglich die Weiterberatung des Reichslohntarifs vornehmen und zum Abschluß bringen. Die Innung Halle hat sich mit maßgebenden Persönlichkeiten wegen dieser Angelegenheit in Verbindung gesetzt, wobei festgestellt worden ist, daß der Reichslohntarif ohne weitere Bedenken in Kraft gesetzt werden kann.“ Der letzte Satz bezieht sich auf die Bemerkung der Leitung des Reichsverbandes, daß dieser in seiner heutigen Form bei den jetzigen Gesetzesbestimmungen nicht tariffähig sei. Die Tariffähigkeit sei nur dann gegeben, wenn alle angeschlossenen Innungen und Verbände den Reichsverband zum Abschluß eines Vertrages schriftlich bevollmächtigen. Der Antrag Halle rief eine lebhafteste Aussprache hervor, in der für und wider ihn gesprochen wurde. Schließlich wurde beschlossen, durch eine Rundfrage der Geschäftsstelle festzustellen, ob alle Innungen bereit sind, dem Reichsverband eine solche schriftliche Vollmacht zu geben. Da dies voraussichtlich nicht der Fall sein wird, bleibt alles beim alten.

Dant vom Hause Brüning.

Der Wirtschaftsverband der Holzindustrie hatte seine Mitglieder aufgefodert, bei der Reichstagswahl nur solchen Parteien ihre Stimme zu geben, die eine Wirtschaftspolitik im Sinne der Forderungen der Unternehmerverbände treiben. Namen wurden nicht genannt, aber jeder Leser des Aufrufs wußte, welche Parteien gemeint sind, nämlich die Parteien des Besitzbürgerblocks.

Dieser Aufruf erschien am 20. August. Acht Tage später kam die Antwort. Zunächst eine freundige, dann eine, die wie eine Backpfeife wirkte. Am 28. August erfolgte deutscherseits die Kündigung des deutsch-finnländischen Handelsvertrages. Damit erfüllte die Regierung Brüning einen heißen Wunsch des Verbandes der Sperrholzfabrikanten, eines Unterverbandes des Wirtschaftsverbandes der Holzindustrie. Die Sperrholzfabrikanten waren entschiedene Gegner des deutsch-finnländischen Handelsvertrages, weil ihnen der vereinbarte Sperrholzzoll von 8 Mk. nicht hoch genug ist. Sie forderten einen Zollsatz von 15 Mk., auf keinen Fall aber sollte unter den autonomen Satz von 10 Mk. gegangen werden. Damit der Sperrholzzoll sobald als möglich erhöht werden kann, wurde die Kündigung des Handelsvertrages zum ersten zulässigen Termin gefordert.

Die Besitzbürgerblockregierung hat den Vertrag gekündigt. Ob dabei die Forderung der Sperrholzfabrikanten eine entscheidende oder überhaupt eine Rolle gespielt hat, wissen wir nicht. In der öffentlichen Diskussion war von ihr jedenfalls nichts zu hören. Im Vordergrund stand die Forderung der Agrarier und ihres Vertrauensmanns in der Reichsregierung, Schiele, nach höheren Butter- und Käsezöllen.

Der Kündigung des Handelsvertrages folgte der Abschluß eines neuen Handelsabkommens auf dem Fuße. Dieses Abkommen erfüllt den Hauptwunsch der Großagrarier: Der Butterzoll wird von 27,50 Mark auf 50 Mk. erhöht. Die Finnländer forderten für ihre Zustimmung von Deutschland ein Entgegenkommen in anderen Zollfragen. Die Besitzbürgerblockregierung hat sich dazu gern bereit erklärt.

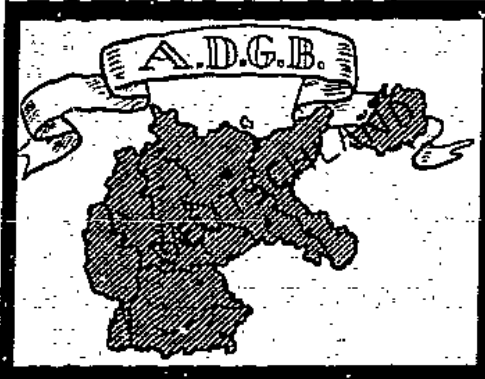
Und nun beginnt die Tragödie der Sperrholzfabrikanten. Was weiter geschah, ist folgendes:

Die Finnländer haben eine hochentwickelte Sperrholzindustrie. Diese ist in ihrem heutigen Umfang nur lebensfähig, wenn sie den Hauptteil ihrer Produktion ausführen kann. Finnland hat also das lebhafteste Interesse an möglichst niedrigen Zöllen in den Sperrholzeinfuhrländern. Dazu gehört auch Deutschland. Beim Abschluß des jetzt von Deutschland gekündigten Handelsvertrages forderte Finnland — wenn wir recht im Bilde sind — die Ermäßigung des deutschen Einfuhrzolles auf 4 Mk. Darauf ging die damalige Reichsregierung nicht ein; schließlich verständigte man sich auf den Satz von 8 Mk. Damit waren weder die finnländischen noch die deutschen Sperrholzfabrikanten zufrieden. Beide Gruppen benutzten jede passende und unpassende Gelegenheit, um ihre Forderungen den Regierungen in Erinnerung zu bringen. Solange der Handelsvertrag lief, war das Ganze eine leere Demonstration. Ob die finnländischen Sperrholzfabrikanten bei ihrer Regierung auf die Kündigung des Vertrages gedrängt haben, wissen wir nicht. Die deutschen taten es, und als die Kündigung endlich erfolgte, werden sie ein strahlendes Gesicht gemacht haben. Mit Freudentränen in den Augen stellten sie fest: Die Besitzbürgerblockregierung ist die Regierung, die die Zeichen der Zeit begriffen hat, die weiß, was der deutschen Industrie einschließlich der Sperrholzindustrie not tut.

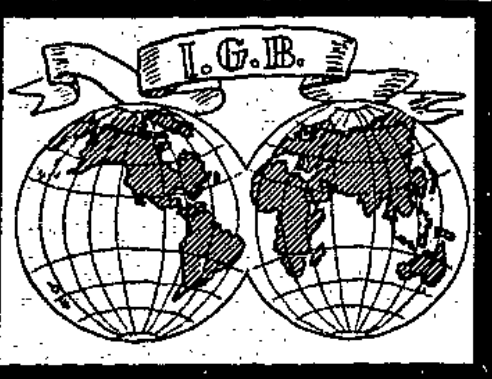
Lange hat diese Stimmung freilich nicht angehalten. Der Nachricht über die Kündigung des Handelsvertrages folgte unmittelbar eine zweite, daß zwischen den Regierungsvetretern ein neues Handelsabkommen unterzeichnet worden sei, und zwar in Helsinki am 28. August. Als sein Inhalt bekannt wurde, verwandelten sich die lachenden Gesichter der deutschen Sperrholzfabrikanten in recht lange Gesichter. Die Großagrarier hatten erreicht, was sie wollten — auf Kosten der deutschen Sperrholzfabrikanten. Die Finnländer waren mit der Erhöhung des Butterzolles einverstanden, wenn Deutschland seine Zölle auf Sperrholz und Holzspulen ermäßigt. Die Besitzbürgerblockregierung stimmte schnell zu, und so verständigte man sich auf einen Abbau des deutschen Sperrholzzolles von 8 Mk. auf 7,50 Mk. und des Holzspulenzolles von 6 Mk. auf 5 Mk.

Der Verband der Sperrholzfabrikanten macht darüber der Regierung Brüning-Schiele-Dieterich schwere Vorwürfe. Das verstehen wir nicht, denn acht Tage früher war doch diese Besitzbürgerblockregierung die lichte Zukunft am deutschen Wirtschaftshimmel. Diese Reichsregierung ist eben tatsächlich etwas „Besonderes“; das beweist nicht zuletzt die Art, wie sie sich bei den Männern vom Wirtschaftsverband der Holzindustrie für das eben bekundete Vertrauen bedankt.

Die Kündigung des Handelsvertrages mit Finnland in dieser Zeit und aus den Gründen, aus denen sie erfolgt ist, ist vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft ein Skandal. Und die Erhöhung des Butterzolles auf Kosten der Sperrholzindustrie ist die Krönung dieses Skandals.



Gewerkschaftsbewegung



Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und die ihm eingegliederten Berufsekretariate sind die Verkörperung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Aber die Grenzen der Länder hinweg reichen sich die Arbeiter die Hand. Trotz der Verschiedenheit der Sprache, trotz der Bemühungen interessierter Kreise, nationale Gegensätze und nationale Eifersüchtelei und Feindschaft zu wecken, bekundet die Arbeiterschaft aller Länder ihre Solidarität; sie stehen aufeinander gegen den gemeinsamen Feind, den internationalen Kapitalismus.

Das beste Mittel, die internationale Solidarität zu stärken, ist die Pflege persönlicher Beziehungen zwischen den Gewerkschaftlern der verschiedenen Länder. Hier ergeben sich aber Schwierigkeiten, die sich nur schwer überwinden lassen. In der Hauptsache sind die Führer der Organisationen die Träger der persönlichen Beziehungen. Schon lange wurde der Gedanke erwogen, wie es sich ermöglichen lasse, außer den Leitern der Organisationen auch anderen Gewerkschaftsmitgliedern unmittelbare Eindrücke von den ausländischen Gewerkschaften und ihrem Leben und Treiben zu vermitteln. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in früheren Jahren wiederholt Sommerferien veranstaltet, in welchen jüngere Gewerkschaftsmitglieder aus verschiedenen Ländern vereinigt wurden. Die hierbei gemachten Erfahrungen haben aber nicht voll befriedigt. Der Vorstand des I.G.B. hat deshalb im vorigen Jahre beschlossen, eine andere Form für diese internationalen Zusammenkünfte jüngerer Gewerkschaftsmitglieder zu wählen. Dieser Plan ist in diesem Jahre zum erstenmal durchgeführt worden.

Es handelt sich darum, daß eine Anzahl jüngerer Gewerkschaftler, die von den Landeszentralen und den internationalen Berufsekretariaten ausgewählt wurden, zu einem Kursus zusammengefaßt werden. Dieser Kursus findet jedes Jahr in einem anderen Lande statt, und zwar werden die Schüler in einem Internat gemeinsam untergebracht und beschäftigt auf Kosten der entscheidenden Organisation. Die Schüler lernen sich dadurch gegenseitig kennen. In den Unterrichtsstunden wird den Schülern besonders die Gewerkschaftsbewegung des Landes, in dem der Kursus stattfindet, nahegebracht. Dabei bietet die Berichterstattung der Schüler über den Aufbau der Gewerkschaften in der Heimat die Möglichkeit, Vergleiche zu ziehen.

In dieser Weise wurde in der Woche vom 24. bis 31. August der erste Kursus in der Bundeschule in Bernau durchgeführt. Aus 11 verschiedenen Ländern waren 37 Teilnehmer erschienen. Die baulichen Einrichtungen der Bundeschule sind für ihren Zweck geradezu ideal. Vor der internationalen Zusammenkunft wurde eine Klasse sprachlos Graßmann und Schulze vom Vorstand des A.D.G.B. über die Aufgaben und die Gliederung der deutschen Landeszentrale. Unser Kollege Farnow schilderte den Aufbau und die Aufgaben eines Zentralverbandes, und Schlimme vom Bundesvorstand machte die Hörer mit der Tätigkeit der Ortsauschüsse bekannt. Außerdem wurde das Haus des Bundesvorstandes, die Arbeiterbank, das Berliner Gewerkschaftshaus, die Verbandshäuser der Buchdrucker und Metallarbeiter und das Berliner städtische Elektrizitätswerk Klingenberg besichtigt. Den Abschluß bildete die Darstellung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit durch die Berliner freie Gewerkschaftsjugend.

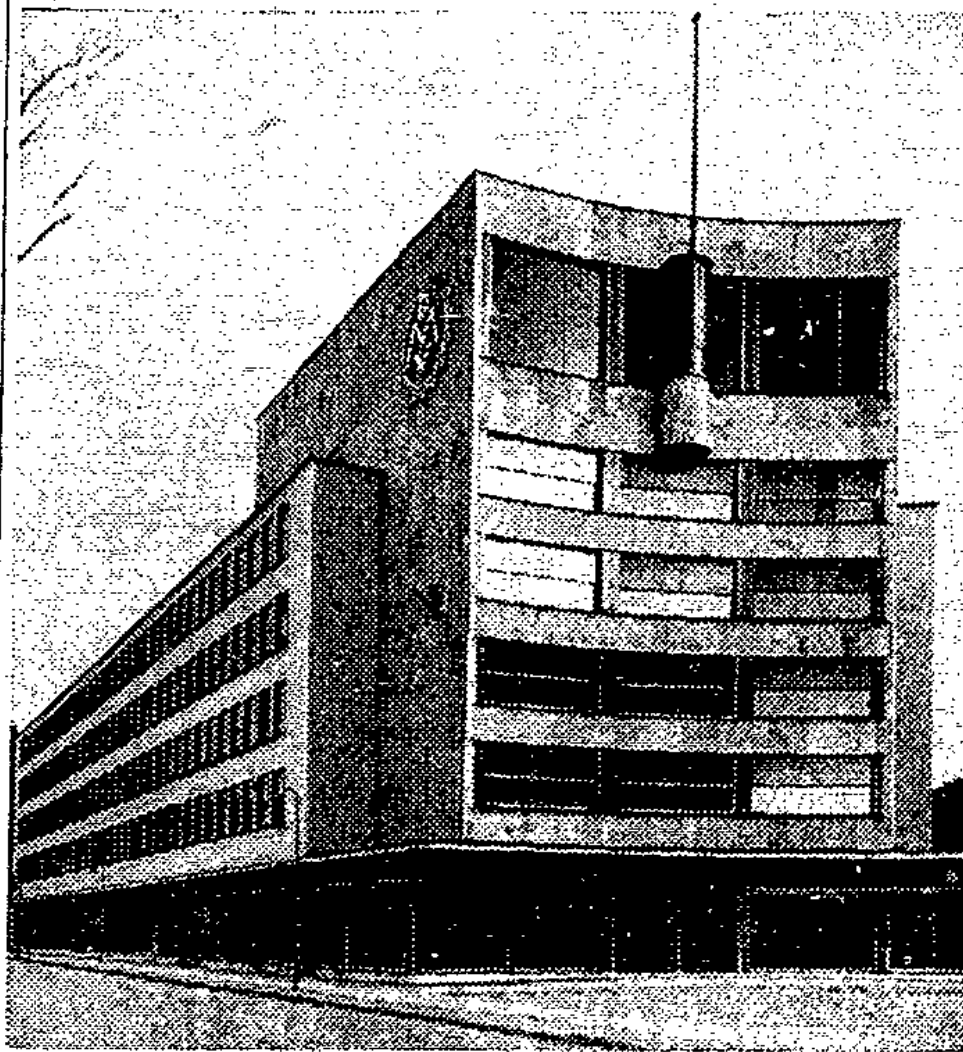
Die Teilnehmer des Kursus waren von dem Gebotenen in hohem Maße befriedigt. Das gleiche gilt aber auch von den Veranstaltern. Der Leiter des Kursus, der Generalsekretär des I.G.B., Sassenbach, sah hier einen Gedanken verwirklicht, für den er schon seit Jahren eingetreten ist. Im nächsten Jahre wird ein ähnlicher Kursus in einem anderen Lande abgehalten werden. Es darf erwartet werden, daß diese internationalen Gewerkschaftskurse einen weiteren Ausbau erfahren. Zunächst ist ein Anfang gemacht. Wenn es auch nur wenige Schüler sind, die so die Gewerkschaftsbewegung des anderen Landes an Ort und Stelle kennenlernen, so dürfen diese internationalen Kurse doch als ein wertvolles Mittel zur Stärkung der internationalen Verbundenheit der Arbeiter bezeichnet werden.

Verbandstag der Metallarbeiter.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist die größte Gewerkschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Aus den 17000 Mitgliedern bei der Gründung des Verbandes im Jahre 1891 sind im Laufe der Jahre fast 1 Million geworden. Die Metallarbeiter sind über diese Entwicklung ihrer Organisation mit Recht stolz, und dieser Stolz ist auf dem 19. Verbandstag, der vom 18. bis 23. August in Berlin stattfand, wiederholt zum Ausdruck gekommen. In der Tagung des Verbandstages verhandelt wurde die Einweihung des neuen Verbandshauses in Berlin. Nebenbei bringen wir ein Bild von diesem großen und schönen Bau. Der Verbandstag zählte 315 selbständige Vertreter. Die Verhandlungen waren frei von parteipolitischen Streitigkeiten. Wo die Anschauungen auseinandergingen, wurde im kameradschaftlichen Geiste gekämpft. Zur „Opposition“ rechneten sich ein knappes halbes Duzend Delegierte. Der Verbandstag sprach sich für eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden aus.

Ferner forderte er eine Steigerung der Kaufkraft und einen weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung. In der Entschiedenheit zur Weltwirtschaft wird ausgesprochen, daß es Aufgabe des Verbandes ist, die Entwicklung der Wirtschaft zum Sozialismus mit allen Mitteln zu fördern. Der alte Vorstand wurde fast einstimmig wiedergewählt.

Die Verbandstagsnummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ enthält einen Begrüßungsartikel von Max Urich, dem Bevollmächtigten der Ortsverwaltung Berlin. Nach einer Schilderung der kommunistischen Zerfährungsarbeit in der



Das neue Verwaltungsgebäude des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Berliner Metallarbeiterbewegung leistet sich der Verfasser folgende Sätze: „Zu diesen Schwierigkeiten kommt noch, daß in Berlin nicht nur der Deutsche Metallarbeiter-Verband sich bemüht, die Schicksalsgenossen zu organisieren, nein, allein in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller bemühen sich neben den Christen, den Kirch- und Arbeitervereinen auch die Kommunisten, die Syndikalisten, die Völkischen, die Hakenkreuzler, die Gelben und auch noch mehr als 10 freie Gewerkschaften. Dieses Gemisch von Organisationen auf dem engen Boden des Metallbetriebes ist ein großer Hemmschuh. Es muß eben mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Metallindustrie das Agitationsgebiet des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sein muß.“

Wir haben nicht die Absicht, gegen diese Ausführungen zu polemisieren. Ihr Verfasser hat, sicher ohne sich etwas dabei zu denken, einer Stimmung Ausdruck gegeben, die man mitunter in gewissen Kreisen des Metallarbeiter-Verbandes antrifft. Es wäre zu wünschen, daß der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes seinen Funktionären öfters die Bundessatzungen des A.D.G.B. in Erinnerung brächte. Auch in den anderen Gewerkschaften empfindet man Genugtuung über den Aufstieg des Metallarbeiter-Verbandes, aber es sollte doch vermieden werden, daß einzelne seiner Funktionäre sich in ihres Herzens Einsicht zu Ansichten bekennen, die der Pflege der Kameradschaftlichkeit nicht förderlich sind.

Verbandstag der Bergarbeiter.

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter hielt seinen 27. Verbandstag in der Zeit vom 21. bis 24. Juli in Breslau ab. Die Tagung wurde mit einer Trauerkundgebung für die Opfer der Bergbaukatastrophe eröffnet, die sich kurz zuvor in Neurode ereignet hatte. An den ausführlichen Tätigkeitsbericht des Verbandsvorsitzenden Hufemann schloß sich eine eingehende Aussprache, in welcher die Arbeit des Vorstandes allgemein Anerkennung fand. Einmütige Zustimmung fand die Erklärung des Verbandsvorsitzenden, daß jedem Versuch, den Reallohn der Bergarbeiter zu kürzen, der schärfste Widerstand entgegenzusetzen werden würde. In eine fatale Lage kam ein Delegierter aus Zeitz, der namens der kommunistischen Opposition, die nur durch ganz wenige Delegierte vertreten war, die ihm von der Parteileitung diktierte Erklärung verlas. Gegen ihn lag eine Beschwerde vor, weil er zuviel Diäten erhoben hatte. Der Verbandstag ließ Gnade vor Recht ergehen, und so kam er mit einer Rüge davon. Über das Vergarbeitsgesetz und die internationalen Verhandlungen über die Arbeitszeit referierte Schmidt (Bochum). In der von ihm vorgeschlagenen und einstimmig angenommenen Entschliessung wird die Eingliederung des Bergarbeiterzuges in das allgemeine Arbeitsschutzgesetz gefordert. Am letzten Verhandlungstage referierte Müller (Lichtenberg) vom Bundesvorstand unter lebhaftem Beifall über die Reaktion in der Wirtschaft und der Sozialpolitik. Von den beschlossenen Statutenänderungen bezieht sich die wichtigste auf eine Erhöhung der Streikunterstützung.

Die Gewerkschaften in Berlin.

Nach dem jetzt erschienenen Geschäftsbericht des Ortsausschusses Berlin des A.D.G.B. gehörten diesem am Schlusse des Jahres 34 Organisationen mit 393 564 Mitgliedern an. Die Mitgliederzahl ist seit dem Tiefstand Ende 1924, wo nur 270 477 Gewerkschaftsmitglieder gezählt wurden, ununterbrochen gestiegen. Im Jahre 1929 betrug die Mitgliederzunahme 4,21 Prozent. Diese Zunahme ist um so bedeutsamer, als die Arbeitslosigkeit außerordentlich groß war und die Kommunisten sich große Mühe gaben, eine Spaltung in den Gewerkschaften herbeizuführen. Die Mitgliederzunahme erstreckt sich sowohl auf die männlichen wie auf die weiblichen und jugendlichen Mitglieder. Es wurden gezählt 312 076 (1928 = 301 012) männliche, 62 032 (60 352) weibliche und 19 456 (16 295) jugendliche, insgesamt 393 564 (377 659) Mitglieder.

In den einzelnen Verbänden war die Mitgliederentwicklung ungleichmäßig. Während einige Verbände einen Zuwachs hatten, der z. B. beim Baugewerksbund 12,8 Prozent, bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern sogar 21 Prozent betrug, haben andere Verbände Verluste erlitten. Zu den letzteren gehört auch der Holzarbeiter-Verband, dessen Mitgliederzahl von 28 325 auf 28 031 zurückging. Der Verlust hält sich also in bescheidenen Grenzen, er beträgt nur 1 Prozent.

Die größte Mitgliederzahl hat der Metallarbeiter-Verband mit 82 067; er hat seinen Mitgliederstand um 2,1 Prozent gesteigert. Nach der Mitgliederzahl geordnet, steht an zweiter Stelle der Verkehrsbund mit 75 623 und nach ihm der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 46 054 Mitgliedern. Da diese beiden Verbände mit den Gärtnern und den Feuerwehrmännern seit dem 1. Januar im „Gesamtverband“ vereinigt sind, hat diese neue Organisation den Metallarbeiter-Verband in Berlin stark überflügelt. In der Reihenfolge steht dann der Holzarbeiter-Verband und nach ihm der Baugewerksbund mit 27 968 Mitgliedern. Die anderen Verbände haben je weniger als 20 000 Mitglieder.

Weitaus am stärksten ist der Mitgliederverlust bei den Zimmerern, deren Zahl von 6270 auf 3123 zurückgegangen ist. Das ist ein Erfolg der kommunistischen Zerstückelungsarbeit. Mit dieser beschäftigt sich ein besonderes Kapitel des Berichts. Hiernach ging die Aktion von den im Metallarbeiter-Verband organisierten Rohrlegern aus. Der Branchenleiter Niederkirchner war wegen seines verbandsschädigenden Verhaltens ausgeschlossen worden und hatte auf Befehl der kommunistischen Partei einen eigenen Laden aufgemacht. Als der Metallarbeiter-Verband für die Rohrleger einen neuen Tarifvertrag mit 11 Pf. Erhöhung des Stundenlohnes abgeschlossen hatte, wollte die Niederkirchner-Organisation ihre Selbstständigkeit beweisen. Auf Befehl der KPD wurde ein Streit inszeniert, der, wie vorausgesehen war, mit einem Zusammenbruch endete und den Arrangements eine riesige Schuldenlast brachte.

Die Niederkirchner-Organisation ist zahlenmäßig völlig bedeutungslos. Als die Spaltung vollzogen wurde, waren im Deutschen Metallarbeiter-Verband 3808 Rohrleger und Helfer organisiert, jetzt beträgt die Zahl 4222; es bleibt also für die kommunistische Organisation nicht viel. Bei den im Metallarbeiter-Verband organisierten Drehern scheiterte der Spaltungsversuch schon in den Anfängen. Es ist zwar eine kommunistische „Vereinigung der Dreher“ gegründet worden, doch ist deren Mitgliederzahl nur auf ungefähr 100 zu schätzen.

Eine indirekte Folge des kommunistischen Rohrlegerstreiks war die Spaltung bei den Zimmerern. Deren kommunistische Ortsverwaltung zahlte trotz des Einspruches des Verbandsvorstandes 25 000 Mk. an die Rohrleger. Sie wurde deshalb ihres Amtes entsetzt. Die Vorbereitung zur Spaltung hatte sie schon vorher getroffen; sie gründete nun einen neuen Verein. Der Bericht schätzt die Zahl der ansässigen Zimmerer in Berlin auf 5500, von denen 3123 ihrem Verbande treu geblieben sind. Ein Teil hat die Spaltung als Vorwand benutzt, um aus der Organisation auszutreten, und in den Rest teilt sich die kommunistische Organisation mit dem inzwischen ebenfalls gegründeten Verband der Akkordzimmerer.

Auch bei den Schuhmachern, die Ende 1928 noch 3525 Mitglieder hatten, haben sich etwa 300 bis 350 abgesplittert. Die Schuhmacher hatten eine kommunistische Ortsverwaltung. Da sie aber nicht „linientreu“ war, wurde von der kommunistischen Partei verfügt, daß die aus der Partei ausgeschlossenen Verwaltungsmitglieder zu beseitigen und durch linientreue Kommunisten zu ersetzen sind. Als das nicht gelang, erfolgte die Abspaltung. Bei den im Metallarbeiter-Verband organisierten Eisenformern wurde ebenfalls der Versuch gemacht, eine kommunistische Sonderorganisation zu gründen. Auf ein von der Ortsverwaltung an jeden einzelnen der 1500 organisierten Eisenformer gerichtete Frage, ob er weiter im Metallarbeiter-Verband bleiben will, haben bisher 1200 eine bejahende Erklärung abgegeben.

Das ist der Erfolg der mit sehr viel Lärm betriebenen kommunistischen Spaltungsaktion. Trotz des Radaus ist in der Zeit des schlechten Geschäftsganges die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder gestiegen. Die kommunistischen Splittersonorganisationen führen nur ein Scheindasein. Aber wenn die Aktion auch keinen Erfolg erzielt hat, so gereicht sie doch der Gewerkschaftsbewegung zum Nachteil.



Unterhaltung und Wissen



Blöher Bill.

Von Herbert Reinhold.

Mit dem ersten Föhnwind, der frühlingverkündend über die Berge strich und den tiefen schmutzigen Schnee in den düster-schwarzen Wäldern in Schlief verwandelte, zogen wir vom Kamp aus auf die Höhen, im Vorjahre geschlagenes Holz zu blöhen; d. h. wir hatten Aufrag, die behauenen und gehaltten Stämme nach den hochwasserführenden Flüssen zu schaffen.

Harte, schwere, gefährvolle Arbeit wartete uns. Arbeit, die Mut, Ausdauer, Abhärtung und Kräfte erfordert. Aber auch Kameradschaft und Solidarität bis zum letzten.

Unsere Gesellschaft, die größte Kanadas, stellte wahllos die einzelnen Arbeitskommandos zusammen. Wochten die Leute zusehen, wie sie miteinander auskamen. Daß sie zusammenspielen, ist Aufgabe des Aufsehers.

Wir schafften schon den dritten Winter hier oben im Norden. Wir dreihundertfünfzig Blöher lösten nach Neujahr die Holzfäller ab. Unsere Wohnkamps waren inmitten des Holzschlages, der sich 30 gute Meilen weit breitete. Noch in 1700 Meter Höhe lag geschlagenes Holz. Unsere Entlohnung war gering, schlechter noch die Behandlung. Auf Gnade und Barmherzigkeit waren wir der Gesellschaft ausgeliefert. Wir waren von der Welt abgeschlossen. Die Welt lag hinter uns. 70 Meilen entfernt war die nächste Niederlassung. Nahrung, Getränke, Kleidung und Spielarten, alles lieferte uns der Agent der Gesellschaft, wenn auch für schändlich teures Geld.

Wir Blöher waren eine Gemeinschaft, einer dem anderen Kamerad. Gemeinsames Schicksal hatte uns verbunden. Wir waren eine Herde winterschauer Tramps. Diese Knochenbrecherarbeit war doch besser als das Tappeln während der kalten Jahreszeit. Wir kannten nur einen Gegner: die Gesellschaft.

Der Agent und der Obermanager respektierten uns. Wollte man einen maßregeln, so standen wir wie eine Mauer gegen den Beschluß.

Wir waren unser zwölf im Kommando. Am Tage des Ausrückens nach den Schlägen gesellte sich uns ein dreizehnter hinzu. Er war ein Deutscher namens Bill Schneider. 35 Jahre wollte er zählen. Er war der verkörperte Tramp: Angepfllegt das Kufere, der Bart struppig wie ein alter Borstenbesen. Die Haare hingen ihm wie in die platte Stirn. Um die kleinen hellblauen Augen gruppierten sich unzählige Runzeln, in denen sich der Staub vieler Tage gesammelt hatte. Lachte er, dann verzog sich der breite Mund zu einem grotesken Grinsen. Die Mundwinkel krochen zu den Ohren hin.

Seine Kleidung war einfach: ein Paar ausgefranste, ladscheinige Hosen, eine speidige Lederweste, ein unmodischer Mantel, der ihm als Jackett und als Schlafdecke diente. Die Füße steckten in einem Paar alter Schnürschuhe. Zu jeder Tätigkeit trug er Handschuhe.

„Was soll uns der Alte“, murkte der Aufseher, ein Ire. „Er ist der Dreizehnte. Das geht nicht gut! Von mir aus, ich stehe für nichts ein.“

„Er kann die Ponys versorgen“, schlugen wir vor.

Und dabei blieb es. Bill versorgte die Ponys. Dann transportierte er die Sägemaschine und legte das Kabel um. Nachmittags half er mit blöhen. Vor der schwierigsten Arbeit schreckte er nicht zurück. Er schaffte wie ein Junger, ausdauernd und unermüdet. Dabei lebte er von Schwarzbrot und Speck. Fusel mied er. In seine Pfeife stopfte er unmögliche Kraut. Er war auch der einzige, der keine Waffie bei sich trug. Ihm konnte das Bild vor der Nase stehen.

Er war überhaupt sonderlich. Denn abends beim Spiel sprach er auf uns ein: „Jungs, warum organisiert ihr euch nicht? Zum Teufel, warum nicht? Einzeln seid ihr nichts! So wie ihr hier oben zusammenhaltet, müßt ihr es immer tun. Und das nach außen hin dokumentieren!“



„Weiß schon“, wintte er ab, als wir ihm erklären wollten. „Nenne das, Jungs. Ihr wartet auf die anderen. Da könnt ihr lange warten. Denn die anderen warten auf euch. Jawohl!“

Und dann erzählte er seine Geschichte: „Kommt mir's glauben, bin nicht gern aus USA fortgegangen. Müßt

aber. Wollte den Genossen nicht auf der Tasche liegen, obwohl sie es mir angeboten hatten. Erhielt keine Arbeit mehr. Die Gesellschaften kennen mich. Sie wollen mich müde machen. Die schwarzen Listen! War als Agitator bekannt. Galt als Leuteverbeher. Nun ja, das gelten wir alle, die wir uns für die Sache unserer Klasse einsetzen. Das tut uns nichts.“

„Nun ja, beim letzten großen Streit in den Südstaaten drehten sie mit den Strid. Vier Monate mußte ich abtügen.“

Tief im Bauch des Schiffes

Tief im Bauch des Schiffes war ich heute, sieben Meter unterm Wasserspiegel, wo die armen gelben Chinalente vor den fünfzehn Feuern schwitzen.

Und die Schaufeln flogen auf und nieder und im Schwung ins Feuerloch die Kohle, leise summlen sie sehr zarte Lieder, und die Trimmer schleppten neue Körbe an.

Hebenan, wo die Maschine stampfte und die Jüngel erlaudene Turbine raste, wo das blankgeschliffene Stahlgewitter dampfte, stieg die Luft auf zweiundfünfzig Grad.

Aus dem glatten Radgestänge tropfte schwer der ölige Schweiß, und es warteten, gleich Giganten, labelmächtige Schwunngewichte unermüdet ihre Kraft im Kreis, zäh verblissen auf die eichbaumdicke Kurbelwelle.

Sechzig Meter weit lief sie, sich lautlos drehend, durch den Tunnel; und die manneshohe Schraube wühlte donnernd, grünen Glücht aufwendend, durch die Wasser vieler Meere.

Tief im Bauch des Schiffes, kaum gesehen von den Passagieren, stecken tausendjährige Pfandkralche, oh Mansune, ob Orkane wehen — jede Farnie wird bezwungen.

Kurt Offenburg.

Wegen Aufwiegelung. Aber den Streit haben wir gewonnen. Weil wir in unserer Organisation stark waren. Nur mit Hilfe unserer Gewerkschaft war der Streit erfolgreich durchzuführen. Nur so war alles in Ordnung abgelaufen.“

„Zum zweiten Male läßt es die Gesellschaft nicht zum Streit kommen. Der Name und die Größe unserer Organisation sind ihr eine Warnung.“

„Jetzt bin ich hier im Lande der Wälder. Hier herrschen noch die Gesellschaften rigoros. Ihr müßt nach ihrer Pfeife tanzen. Jungs, werdet doch einmal wach! Schließt euch der Organisation an! Einmal, früher oder später, werdet ihr doch nicht herumkönnen. Die Organisation, die Gewerkschaft ist das ökonomische Fundament der Schaffenden! Daran ist nicht zu tippen.“

Der Föhn blies stärker. Unheimlich stöhnend fauchte er durch die Landschaft. Unsere Hütten bebten in ihren Grundfesten. Es war unmöglich, zu arbeiten. Die Ponys weigerten sich, zu schleppen.

Sechs Tage hockten wir beim Kartenspiel und Fressen. Dann ging uns der Proviant aus. Wir mußten zu Tal. Der Agent kam nur einmal in vier Wochen. Fünf Mann kosteten wir aus. Bill war unter uns. Er führte den Pony mit den Schnappsäcken. Wir bahnten den Weg. Ein mühseliges Beginnen. Windbruch erschwerte das Vordringen. Und Lawinenteste. Vereiste, blanke Felsstufen waren zu queren.

Anfangs ging es gut. Da aber verdichtete sich der Himmel, und bald schneite es große, nasse Flocken. Nebel kroch aus den Tälern. Von den Bergen her donnerten Staublawinen, alles vernichtend. Wild strich verängstigt, scheu vorüber.

Lange waren wir gestapft und gerutcht. Das Ziel konnte nicht mehr weit sein. Eine Stunde noch. Oder zwei. Wir dampften vor Anstrengung.

Bill war hinter uns geblieben. Mit einem Male. Der Pony hockte, wenn es über Eisstufen ging. Bill zerrte ihn deshalb kreuz und quer. Wir sahen die Beiden nur schemenhaft im dichten Schneetreiben.

Jetzt querten sie einen Lawinenhang, den letzten, gefährlichsten. Vorherzig durchstieß Bill eine meterhohe Wächte.

Was nun geschah, vermuteten wir nur: Der Pony mochte fehlgetreten sein. Oder war Bill ausgeglitten.

Kurzum, ein Schneebrett löste sich. Wir vernahmen einen dumpfen Aufschrei, ein zischendes Gleiten, sahen schemenhaft eine gewaltige Masse in Bewegung geraten. Ein Brausen durchzitterte die Luft. Eine Lawine ging zu Tal! Unheimlich rasch rutschte sie der Felswand zu, krachend sackte sie in die tiefen Tobel des Flusses.

Noch ehe wir uns von unserem Schrecken erholtten, war es geschehen. Bill war mit samt seinem Pony, eingehüllt in weiße Massen, in den Fluß gestürzt. 120 Meter tief.



Nach vier Tagen fanden wir den furchtbar verstümmelten Leichnam. Schwerverletzt, gequetscht und gedrückt, war er in das eisige Wasser gestürzt. Die Strudel hatten ihn mitgerissen in den kreisenden Tobel, dem niemand entkam.

Unter seinen geringen Habeligkeiten fand sich ein offener Brief an seine Kameraden in USA. In ungelenteten, eigenartigen Buchstaben hatte Bill geschrieben:

„Kameraden! Dieser Brief sagt euch alles. Das Schicksal hat es nicht gewollt, daß ich weiterhin an der Spitze des Kampfes um unser Recht verbleibe. Die Arbeit hat mich verschlungen, noch ehe meine Aufgabe erfüllt war. Ich ahnte es.“

Nehmt meinen Rat als den eines alten Kameraden, der immer nur das Interesse seiner Klasse im Auge hatte: Vertraut nur auf eure Kraft. Vertraut nur einander. Und schließt euch zusammen. Einzeln seid ihr nichts, vereint alles! Gebt durch euren Zusammenschluß den Willen zur Solidarität zum höchsten Gut der Schaffenden kund. Zeigt in eurer Organisation euren Herrschern, daß ihr bereit seid, für die Befreiung der Arbeit alles einzusetzen.“

Kameraden, laßt euch grüßen! ... Ich ...“

Hier brach der Brief ab. Wir sandten ihn an seinen Bestimmungsort, eingedenk des Vermächtnisses des Toten.

Mit Ehrfurcht erinnern wir uns des schlichten, aufrichtigen Genossen unserer harten Tage. ...“

Neues aus der Welt des Metalls.

Ein neuer Stern am Metallhimmel ist das Cadmium, dessen Dichte = 8,6 ist (Eisen = 7,8) und dessen Schmelztemperatur nahe der des Bleies ist, nämlich nur 320 Grad. Das Cadmium findet neuerdings eine rasch zunehmende Verwendung als Überzug für andere Metalle. Teils wegen des schönen silberweißen Glanzes, teils wegen der Beständigkeit dieses Überzuges gegen Bitterung, Meerwasser, Schwefelwasserstoff und andere Einwirkungen. Cadmium ist ein silberweiß glänzendes Metall, es behält aber im Gegensatz zum Silber seine glänzende Oberfläche lange Zeit bei. Das Cadmium (auch Radium geschrieben, chemisches Zeichen: Cd) kann als Überzug auf Eisen, Stahl, Aluminium, Duralumin und andere Metalle verwendet werden. Eine Legierung von 1/2 Cadmium und 1/2 Silber ist ständig silberweiß, so daß man in England und in USA. Bestände daraus herstellt. Ford besitzt eine besondere Abteilung, in der verschiedene Autobedarfartikel mit Cd pattiert werden. Große Erwärmung kann Cd nicht vertragen, das flüssige Metall verbrennt bei rund 500 Grad zu einem braunen Pulver. Unter Luftabluß siedet Cadmium bei etwa 780 Grad, während Eisen bei dieser Temperatur erst anfängt, in Rotglut zu kommen.

2 390 000 Blinde auf der Welt.

Die Gesamtzahl der Blinden auf unserem Erdball ist von Prof. Cords in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ auf 2 390 000 geschätzt worden. Das bedeutet 136,8 Blinde auf je 100 000 Einwohner. Aber diese Durchschnittszahl schwankt in den verschiedenen Ländern außerordentlich. So kommen auf je 100 000 Einwohner in Ägypten 1325, in Japan 730, in China 500, in Europa-Rußland 200 und in Indien 142 Blinde. Dagegen liegt in anderen Ländern die Blindenzahl unter dem Durchschnitt, so daß auf England nur 73, in Frankreich 71, in den Vereinigten Staaten 62, in Deutschland 61, in Holland 46, in Kanada 45 und in Belgien 44 Blinde kommen. Es ist durch die Fortschritte der Hygiene und der Augenheilkunde bereits gelungen, die Zahl der Blinden in den zivilisierten Ländern erheblich herabzusetzen; so fehlen z. B. die früher so häufigen Erbblindungen durch Pocken in den Ländern mit Impfwang völlig. Aber im Kampf gegen die Blindheit können noch weitere große Fortschritte erzielt werden: die Erbblindungen infolge Augenentzündung und Grünen Star lassen sich ganz vermeiden, die durch Unfälle weitgehend eingeschränkten.

Bücher und Zeitschriften.

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsauskalt des Deutschen Solzarbeiter-Verbandes...

Eine Geschichte der Kürschner. Der Beruf des Kürschners geht in die graue Vorzeit zurück. Als der Mensch das Bedürfnis empfand...

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 1930, Heft 8.

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften. Christlicher Gewerkschaftsverband, Berlin-Wilmersdorf. Preis 8 Mk.

Neue Werte des Büchertums. Der „Büchertreis“ hat seinen neuen Erscheinungen für das dritte Vierteljahr 1930 herausgebracht.

Durchschnitt durch die Inflation seiner Vaterstadt Danzig. Danzig wurde als Schauplatz auch deshalb gewählt, weil hier die Inflation ihre schärfste Ausprägung erfuhr...

LINDCAR fettet auch Nähmaschinen! LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT BERLIN-LICHTENRADE. Unternehmen der freien Gewerkschaften...

Almanach 1931. Taschenkalender für die Mitglieder des Verbandes erscheint Ende Oktober. Der Preis beträgt 1 Mk.

Tischlerfachschule Blankenburg (Harz). Staatskommissar: Prof. Dr.-Ing. Klopfer. Ausbildung zum Werkmeister...

Extraktreiche Likoreszenzen zum Selbstbereiten von Likören. 1 Dtz. für 12 Lit. ausreicht 4,20 Mk.

Hobelbänke 70RM. 2 m lg. kompl. Stahlsp. Ia Qualität. Blatt beste ged. Rottb. Preisl. gratis.

Stuhlflechtrohr. Beste, ergiebigste Qualität. Halbzollrohrend Nr. 2a 3a 4a pro Pfund Mk. 4,20 - 4,30.

EISU-Betten (Stahl u. Holz) Polst. Stahlmatr. Kinderb. Chaisel. an jeden Teilzahl. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik Suhl, Th.

Holzsammlungen. Spezial Einzelhefte, über 400 versch. Holzarten. Vollständiges Verzeichnis aller bekannten Holzarten...

Edt ULMIA. Beste von Ulmer, Honig, ... Aufw. 10 Pfund pro 100 Liter. Versand 2 per Nachnahme. Loop, Reichelt, Löbau (Sa.).

Kennen Sie schon Baldaus Original Messingkehlbol DRGM. „GEPO“? Die besten der Gegenwart! Das ist und noch mehr bestätigen die eingehenden Anerkennungs-schreiben...

Sie fürchten keine Nachtfahrt, wenn Ihr Fahrrad mit dem helleuchtenden elektrisch. BOSCH-Scheinwerfer und mit der unerschöpflichen im Betrieb kostenlosen Lichtquelle...

Billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf. bessere Qualität 1 Mk., halbweiße flaumige 1,20 Mk. und 1,40 Mk., weiße flaumige, geschlossene 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste geschlossene Halbflaum-Herrschafsfedern 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk. Rupffedern, ungeschlossene, m. Flaum gemengt, halbwelso 1,75 Mk., welso 2,40 Mk., 3 Mk.; allerfeinster Flaumrupf 3,50, 4,50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge zollfrei gegen Nachnahme...

So billig wie nirgends. Höchste Qualität Niedrigste Preise. Prachtkatalog kostenlos. Sigurd Gesellschaft Kassel 15. Auf Sigurd-Bereifung vorübergehend 10% Rabatt.

Alle vorwärtsstrebenden Kollegen sind Leser des Fachblatt für Holzarbeiter.

Leimöfen, Furnierböcke. fährigst ab Spezial für Präzision. Paul Ott, Stuttgart, Seyffersstrasse 40.

Leim- und Furnieröfen fertigen als Spezialität 44 - Mk. an. Preisliste kostenlos. Lieferung franko. Gebr. Bettinger, Freiburg i. B.

Intarsien aller Art. Katalog zeigen 56 Pl. in Druckfarben. E. Boller, Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Tischler-Fachschule Kötben. Ausbildung zu Meistern in Tischlerei, Bau- u. Tischlerarbeiten gegen Kursporto.

Gummiwaren. Spezial. Vertikal. Gestaltliche O gratis. „Medicus“ Berlin SW 6, Alte Jakobstraße 9.

Hobelbänke. Ia Qualität, schärfste Ausführung. Blatt in Gestalt ged. Rottb. Buchenholz. 2 m cm Plattenlänge mit Stahlspindel. zum Selbstbearbeiten 10 Mk. mit Verpackung 12 Mk. 50. Abholungen gegen 20 Pf. in Brandmarken erhalten. Max Walther Dresden-N. 22, Rehefelder Str. 53.

Sprechmaschinen-Laufwerke komplett, fertig zum Einbauen, mit allem Zubehör von 26 Mk. an. Testführungen aus Holz und Metall sowie Hausuhren und Hausuhrwerke nach Katalog von Robert Husberg, Neuenrade Nr. 10.

Neustadt-Glewe (Medienburg) Städtische Baugewerkschule. Hochbau, Tiefbau, -Rechnungsanerkennung. Das staatlichen Schulen gleichgestellt. Gegründet 1882.

Josef Witt, Weiden (Oberpfalz). Ältestes und größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands mit eigener Spinneret von 32500 Spindeln mit eigener Weberet von 640 Webstühlen. gibt kurze Zeit ab: Nr. Preise pro Meter Breite Mk. Pf. 85 Gardinen, sog. Vorhangstoff, aus prima feinen Streifen, Garnen mit indanthren-goldfarbig 70 cm 0.24 86 Weißes Hemdentuch, leichte Sorte mit Schmitzkante 70 cm 0.25 87 Weißes Hemdentuch, für gute haltbare Wäschestücke 80 cm 0.45 88 Weißes Hemdentuch, mittelstarkfädig, dichtgeschlossene, vorzügliche Qualität für besonders solide, gute Wäschestücke 80 cm 0.65 89 Weißes Karrotuch, sehr feinfädig, dicht geschlossen, aus garantiert rein ägyptischer Baumwolle, für besonders feine bessere Hemden und Wäschestücke 80 cm 0.72 90 Baumwolltuch, ungebleicht, sehr strapazierbar, fast unverwüßlich im Gebrauch 78 cm 0.49 91 Hemdenflanell, indanthrenfarbig gestreift, gute besonders reißfeste Sorte 72 cm 0.38

92 Hemdenflanell, außerordentlich haltbare, Qualität, fast unverwüßlich im Gebrauch 78 cm 0.64 93 Handtücher, dicht geschlossene kräftige Strapazierqualität 80 cm 0.45 94 Hemdenzephir, auch f. Blusen geeignet, gute Sorte, schöne Muster 70 cm 0.48 95 Wischtücher, gute Sorte, strapazierbar, 45 mal 45 cm per 1/2 Dutzend 0.98 96 Damentaschentücher, weiß, gute solide Sorte mit Hohlbaum, 30 mal 30 cm per 1/2 Dutzend 0.88 Gelegenheitskauf! 97 Weißes Hemdentuch, rein weiß, garantiert reine, ausgekochte Baumwolle ohne jeden Appreturzusatz, dicht geschlossen, daher ganz vorzügliche, besonders gute Qualität 80 cm 0.66 Bis auf weiteres erhalten 10% Rabatts auf Wunsch kostenlos eine schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter halibare zurückgesetzte Stoffe. Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.- an. Portofraie Lieferung von Mk. 20.- an. Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle, einwandfreie Oberzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten bedeutend billiger als andererseits sind. Josef Witt, Weiden 392 Oberpf.